Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M. Einzelnummer 60 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 4,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 60 Pf.

Nr. 4 | Dresden, Donnerstag den 5. Januar 1922 | 33. Jahrg.

Frankreichs Rückzug in Washington

Die Lage in Washington war in den letzten Tagen ganz ungeklärt. Auf der einen Seite die Nachricht, daß die Konferenz sich ihrem Ende nähere, daß man nur noch zwei Vollsitzungen abzuhalten gedenke und die Rückfahrt der englischen Delegierten bereits auf den 14. Januar angesetzt sei. Auf der andern Seite der Hinweis auf die Gegensätze, die ganz besonders in der U-Bootfrage noch zu keiner Lösung geführt hätten.

Vor allem war es die Haltung Frankreichs in dieser Frage, die eine Einigung verhinderte. Die englische und die amerikanische Presse erging sich denn auch in endlosen Ausführungen gegen Frankreich. Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, daß die französischen U-Bootforderungen in Washington nur gestellt wurden, um für Cannes einen — allerdings gefährlichen — Trumpf gegen England in die Hand zu bekommen.

Die Stellungnahme Frankreichs war von vornherein unhaltbar gegenüber der gemeinsamen angelsächsischen Front. Schon wegen seiner finanziellen Abhängigkeit von England und Amerika. Mit Recht haben englische Blätter darauf hingewiesen, daß Frankreich unmöglich soviel Geld zu seiner Flottenrüstung ausgeben dürfe, während es auf der andern Seite von den Zahlungen der deutschen Wiedergutmachungssummen abhängig sei. Das amerikanische Parlament hat verlangt, daß auf Frankreich ein Druck ausgeübt werden soll, um es zur Bezahlung seiner Schulden zu veranlassen und auf diese Weise Frankreich und die andern Schuldnernationen zu verhindern, fernerhin größere Summen zur Vergrößerung ihrer Flotten- und Landrüstungen auszugeben. Der französische Delegierte, Sarraut, gab offen zu, man habe Frankreich zu verstehen gegeben, daß es besser daran tue, seine Schulden zu bezahlen, als auf seinen U-Bootforderungen zu bestehen.

Die Stellung Frankreichs wurde weiter geschwächt durch die Veröffentlichung eines französisch-japanischen Geheimabkommens durch eine ostsibirische Vertretung. Zwar erfolgte sowohl von japanischer wie von französischer Seite prompt ein Dementi, welches das angebliche Geheimabkommen als Fälschung hinstellte. Doch konnte dadurch der Verdacht nicht restlos beseitigt werden, daß Frankreich ein doppeltes Spiel getrieben habe.

Die Wirkung des englisch-amerikanischen Druckes auf Frankreich zeigt sich rasch: Frankreich hat grundsätzlich den von dem Amerikaner Root gemachten Vorschlag angenommen, der eine Verwendung von Unterseebooten gegen Handelsschiffe verbietet. Ebenso stimmte Frankreich ohne Vorbehalt einen Zusatzantrag des Engländers Balfour zu.

Wenn wir auch nie daran gezweifelt haben, daß Frankreich in der U-Bootfrage nachgeben wird, so ist es doch von entscheidender Wichtigkeit, daß der Druck so stark und so rasch erfolgt ist, daß Briand die französischen U-Bootforderungen nicht mehr in Cannes gegen Lloyd George ausspielen kann. Diese Tatsache sowie der damit gleichzeitig erneut erbrachte Beweis des amerikanisch-englischen Zusammengehens wird die Stellung Lloyd Georges in Cannes außerordentlich verstärken. Es ist nicht unmöglich, daß die Entscheidung über die Konferenz von Cannes bereits vor ihrem Beginn gefallen ist — nämlich in Washington.

In der Schantungfrage ist man wieder einmal auf einem toten Punkt angelangt. Die chinesische Delegation soll Balfour und Hughes ersucht haben, erneut zu vermitteln. Im Zusammenhang damit dürfte eine Meldung des New York Herald aus Washington stehen, daß Senator Borah einen Abänderungsantrag über das Viermächteabkommen im Stillen Ozean einbringen wird, wonach die Mächte sich verpflichten sollen, die Rechte und die Souveränität aller interessierten Staaten binnen Jahresfrist wiederherzustellen. Der Antrag verfolgt das Ziel, Japan zu nötigen, Schantung und die andern chinesischen Gebiete, die es augenblicklich in Besitz hat, an China zurückzugeben.

Frankreichs Pläne in China

Paris, 4. Januar. Im Journal veröffentlicht der Resident in Indochina, Pasquier, Erklärungen, denen zufolge die vernünftigste Lösung der pazifischen Frage die Zerstückelung Chinas in vier Mandate sei, die Japan, Amerika, England und Frankreich übertragen werden müßten. Man möge ehrlich gestehen, daß China heute für die Großmächte nur ein Artikel sei. Pasquier verlangt eine große Armee für Indochina. Kein Wort werde heute im Osten mehr gebraucht als „Krieg".

Der englische Reparationsvorschlag?

Eigene Drahtmeldung

rs. Paris, 5. Januar. Die Pariser Blätter sprechen heute von einem neuen Ententevertrag zur Schlichtung der Gegensätze zwischen England und Frankreich. Zu Anfang der Konferenz in Cannes wird Lloyd George eine Programmrede halten. Die Erörterung der Reparationsfrage wird schon deshalb in den Anfang gerückt werden, weil hierzu schon etwas wie ein festes Programm vorliegt. England wird vorschlagen, um Deutschlands innere Festigkeit endlich zu erhöhen, von den für 1922 vorgeschlagenen festen Annuitätsbarzahlungen von 2 Milliarden Goldmark (laut dem Londoner Ultimatum) nur einen Betrag von 500 Millionen Goldmark (in zwei Raten im Januar und Februar) anzufordern, die restlichen 1½ Milliarden Goldmark aber vorläufig zu gestunden. Die Schwierigkeiten der Einigung werden sich aus der Durchführungsart dieses Vorschlages ergeben.

Die finanztheoretischen Garantien, die für dieses Moratorium gefordert werden sollen, stehen schon ziemlich fest: Statutenänderungen der Reichsbank, deutsche Finanzreform und die Budgetreinigung, erhöhtes Kontrollrecht der Reparationskommission usw. Aber außer diesen werden Ersatzleistungen in Sachwerten gefunden und die Schulden Frankreichs und Belgiens an England und Amerika gleichfalls gestundet werden müssen. Ferner muß aber auch zum mindesten theoretisch festgesetzt werden, aus welcher neuen Einnahmequelle Deutschland die gestundeten Zahlungen später nachholen soll, und zwar soll dies nach dem englischen Programm aus dem gemeinsamen russischen Wiederaufbau möglich sein. Deutschlands Prozentanteil aus diesem Geschäft soll zur Hälfte oder ganz auf Reparationskonto geschrieben werden. Um alle diese Fragen zu lösen, werden die Sachverständigen unaufhörlich zu Rate gezogen werden und es war schon angekündigt, daß verhältnismäßig wenig Vollsitzungen des Obersten Rates stattfinden. Nach der Eröffnungssitzung soll die nächste Sitzung erst Montag beginnen.

London, 4. Januar. Der Manchester Guardian berichtet, daß Keynes ein neues Buch geschrieben habe über eine Revision der Verträge. Das Buch behandelt u. a. das Reparationsproblem in der augenblicklichen Gestalt.

•

Wir haben gestern die inoffizielle Teilnahme Rathenaus an der Konferenz in Cannes als „halben Schritt" bezeichnet. Wie es scheint, soll nun nicht einmal dieser halbe Schritt getan werden: Nach den neuesten Meldungen geht Rathenau nicht nach Cannes. Da man mit der Reise Rathenaus bestimmt gerechnet hatte, so ziehen einige Berliner Morgenblätter daraus den Schluß, daß die Franzosen die Anwesenheit Rathenaus in Cannes nicht wünschen. In Berliner Kreisen ist die Hoffnung auf einen günstigen Ausgang der Verhandlungen in Cannes dadurch stark herabgestimmt worden.

•

Der Matin teilt mit, daß die Mitglieder der Wiedergutmachungskommission, mit Ausnahme des nichtoffiziellen Vertreters Amerikas, gestern früh von ihren Regierungen den dringenden Auftrag erhalten haben, heute sofort nach Cannes abzureisen. Die Kommission soll nicht offiziell an den Sitzungen teilnehmen, sondern in Cannes abwarten, was vom Obersten Rat über die nächsten Zahlungen beschlossen wird, um dann die neu zu vereinbarenden Bestimmungen über die Januar- und Februarzahlungen mit dem Londoner Zahlungsplan zu verbinden.

Paris, 5. Januar. Die Pariser Presse bemerkt zum Beginn der Konferenz in Cannes, daß Franzosen und Belgier dem sogenannten englischen Vorschlägen ablehnend gegenüberstehen und glaubt, daß die Vorschläge Abänderungen erfahren werden. Die neuen Garantien, die von Deutschland verlangt werden sollen, gehen dahin,

1. **gründliche Aenderung des Reichsbankstatuts nach dem Muster der Bank von Frankreich und der Bank von England; Ergänzung des Aufsichtsrats durch einen Vertreter, der von der Reparationskommission bezeichnet wird, aber der Genehmigung der deutschen Regierung bedarf;**
2. **Verpflichtung Deutschlands zur Ordnung seines Budgets durch innere Anleihen;**
3. **Aufhören jeder Unterstützungspolitik, aller Subventionen und sonstiger ähnlicher Aufgaben.**

Es kommt alles darauf an, ob Belgien Zugeständnisse macht oder England Opfer bringen will. Dem Wiesbadener Abkommen will England angeblich unter gewissen Voraussetzungen zustimmen.

Ueber die kommende internationale Finanzkonferenz wird erst beschlossen werden. Bei dieser Gelegenheit soll auch über die Angelegenheit der Herabsetzung der deutschen Schulden beraten werden. Ein Aufsatz der Times mahnt noch in letzter Stunde, für das Bündnis mit England einzutreten. Deutschland könne später in nähere Beziehungen zu beiden Staaten treten. **Ein englisch-französisches Bündnis sei das einzige Mittel, Deutschland ohne Erschütterungen oder irgendwelche Gefahr für andre in die Gemeinschaft der Völker einzuführen.**

•

Die Forderungen der englischen Arbeiter

London, 5. Januar. Lloyd George wurde, wie berichtet wird, während der letzten Konferenz mit Briand ein Memorandum der britischen Arbeiter überreicht, worin eine radikale Abänderung der Reparationspolitik, die völlige Anerkennung Sowjet-Rußlands, die Zurückziehung der Truppen vom Rhein, eine internationale Konferenz für den Wiederaufbau sowie die Gewährung von Anleihen und Krediten gefordert wurden.

Awaloff-Bermondt ausgewiesen

Eigene Drahtmeldung

rs. Berlin, 5. Januar. Wie wir erfahren, ist Awaloff-Bermondt, der bekannte russische Reaktionär und Freikorpsführer, am 17. Dezember mit Frist bis 17. Januar ausgewiesen worden. Er hielt sich bisher in Berlin auf. Nach Mitteilungen des Berliner Tageblattes steht er hinter der Neugründung eines Berliner Blattes in russischer Sprache.

Bürgerliche Steuersabotage

Wie in den Zeitungen gemeldet wird, bemüht sich der Reichskanzler Dr. Wirth um ein Steuerkompromiß. Die gegenwärtige politische Lage Deutschlands erheischt es dringend, daß recht bald neue Steuergesetze unter Dach und Fach kommen. Wir müssen der Entente nachweisen können, daß wir unser möglichstes tun, um unsern Haushalt in Ordnung zu bringen. Das Zustandekommen der neuen Steuergesetzgebung ist aber stark gefährdet, da zwischen den sozialistischen Parteien und den bürgerlichen Parteien große Gegensätze bestehen. Die bürgerlichen Parteien sind aufs eifrigste bemüht, den Geldbeutel der Besitzenden vor allzu starken Eingriffen zu schützen.

Die Angehörigen der besitzenden Klassen sind trotz allen scheinbar scharfen Steuergesetzen bisher in der deutschen Republik recht gut weggekommen. Man weiß, daß die Einkommensteuer bisher nur von den Festbesoldeten in vollem Umfange erhoben werden konnte, und wenn sie endlich einmal auch von Kaufleuten, Industriellen und Landwirten erhoben werden wird, so werden diese dabei immer noch viel besser fortkommen als die Festbesoldeten. Die Unternehmer haben nur allzuviel Möglichkeiten, die volle Höhe ihres Einkommens vor den Blicken der Steuerbeamten und der Einschätzungskommissionen zu verbergen, während die Einnahmen der Festbesoldeten bis auf Heller und Pfennig festgestellt werden können. Die Steuerdrückebergerei der Kapitalisten ist nichts Neues. Auch vor dem Kriege verstand es ein großer Teil der Besitzenden, sich seinen Verpflichtungen zum Teil durch zu niedrige Einkommeneinschätzungen zu entziehen.

Der Deutsche Beamtenbund veröffentlichte jetzt eine von Prof. Bühler verfaßte Denkschrift über die „Benachteiligung der Festbezahlten in der neuen Reichssteuergesetzgebung". Bühler weist darauf hin, daß schon vor dem Kriege die Einschätzung des Einkommens sehr oft recht ungenügend war. In den Jahren 1900 bis 1908 sind in Preußen 24 Proz. aller Steuererklärungen beanstandet worden mit dem Erfolge, daß in jedem dieser Jahre ungefähr 200 bis 220 Mill. M. mehr zur Steuer herangezogen werden konnten. Wie groß mögen erst die Summen gewesen sein, die mit Hilfe derartiger Beanstandungen nicht erfaßt worden sind. Besonders groß war die Zahl der Bemängelungen der Einschätzung auf dem Lande, wo etwa 78 Proz. aller Beanstandungen erfolgreich waren. Prof. Bühler kommt zu dem Schluß, es sei optimistisch geschätzt, wenn man annähme, daß die Einkommen aus Handel und Gewerbe und aus der Landwirtschaft auch nur zu 50 Proz. ihres Solls wirklich erfaßt wurden.

Die Festbezahlten sind dann, wie Bühler mit Recht ausführt, noch dadurch benachteiligt, daß sie infolge des Lohnabzugs ihre Steuern viel eher bezahlen müssen als die Besitzenden. Dadurch gingen ihnen nicht nur Zinsen verloren, sondern solange die Geldentwertung fortschreitet, zahlen sie die Steuern auch in einem höher wertigen Gelde als die Besitzenden, die erst Monate oder Jahre später tatsächlich ihre Steuern entrichten. Ferner kann heute kaum mehr gesagt werden, daß die direkten Steuern, Einkommensteuer usw., nicht überwälzbar sind. Solange die Preise so schnell steigen wie in den letzten Monaten, ist damit zu rechnen, daß sich die Unternehmer wenigstens zum Teil für die direkten Steuern durch Preiserhöhungen schadlos halten.

Auch bei der Umsatzsteuer sind die Geschäftsleute und besonders die Landwirte begünstigt. Die Landwirte sollen zwar die Entnahmen aus den eignen Betrieben versteuern, aber nur mit einem ganz geringen Betrage. Sie brauchen jedenfalls für das, was sie aus ihrem Betriebe entnehmen, die Umsatzsteuer nur einmal zu bezahlen, während die gleichen Güter, ehe sie der Festbesoldete kaufen kann, durch mehrere Hände gehen und die Umsatzsteuer dafür vier- oder fünfmal oder noch öfter bezahlt werden muß. Auch Kaufleute und Gewerbetreibende sparen einen Teil der Umsatzsteuer für diejenigen Waren, die sie direkt für ihren eignen Gebrauch entnehmen. So werden in der Tat Arbeiter, Angestellte und Beamte durch die Steuergesetzgebung viel schwerer getroffen als die Besitzenden.

Die gegenwärtig dem Reichstag vorliegenden Steuergesetzentwürfe sind teils solche, die indirekte Steuern vorsehen, so die Gesetzentwürfe über die Erhöhung der Umsatzsteuer und der Zuckersteuer, während auf der andern Seite durch neue Vermögenssteuern die Besitzenden getroffen werden sollen. Die Sozialdemokratie ist an sich bereit, auch für neue indirekte Steuern zu stimmen. Es ist praktisch einfach unmöglich, den ungeheuren Bedarf des Reiches allein durch direkte Steuern zu decken, auch wenn noch so scharf zugegriffen wird. Die Arbeiterschaft hat aber vor allen Dingen ein Interesse daran, daß überhaupt genügend neue Steuern geschaffen werden. Erhält das Reich die notwendigen Einnahmen nicht, so muß es immer wieder von neuem die Notenpresse in Anspruch nehmen, und die steigende Notenflut bringt uns eine weitere Zunahme der Geldentwertung, durch die wieder die Arbeiter und Angestellten am schwersten getroffen werden, weil Löhne und Gehälter der Preissteigerung nachhinken.

Die Sozialdemokratie wird aber für indirekte Steuern nur stimmen können, wenn wirklich auch das Notwendige getan wird, um die Besitzenden in gebührender Weise heranzuziehen. Bei den Beratungen der Reichstagskommissionen haben aber die bürgerlichen Parteien, die hier, wo es um den Geldbeutel geht, zusammenhalten, das ihrige getan, um die Besitzenden zu schonen. Die Steuern, die in dem Gesetzentwurf über die Reichsvermögenssteuer vorgesehen waren, sind durch die bürgerliche Mehrheit des zuständigen Steuerausschusses sehr stark gemildert worden. Der Zuschlag zu den im Reichsvermögenssteuergesetz vorgeschlagenen Sätzen soll nach den Beschlüssen der bürgerlichen Kommissionsmehrheit von 300 auf 200 Prozent herabgesetzt werden. Von der Erfassung der Sachwerte, die wir so dringend für die Wieder-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220105/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

gutmachung brauchen, wollen die bürgerlichen Parteien erst recht nichts wissen. Die Sozialdemokratie wird eine Steuerreform, bei der die Besitzenden so behutsam angefaßt werden, nicht mitmachen können. Wenn die bürgerlichen Parteien nicht bereit sind, der notwendigen Belastung der Besitzenden zuzustimmen, so mögen sie die Steuerreform ohne die Sozialdemokratie machen. Die Sozialdemokratie weiß dann, woran sie ist und sie wird den Kampf gegen die einseitige steuerliche Belastung der besitzlosen Massen aufnehmen. Ein Kampf, der voraussichtlich der Sozialdemokratie sehr gut, den bürgerlichen Parteien aber wahrscheinlich sehr schlecht bekommen wird.

•

Die Verhandlungen über die Steuern

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Vossische Zeitung berichtet, daß am Mittwoch eine Besprechung des Reichskanzlers mit den Führern der Reichstagsfraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten stattgefunden hat. Es habe sich um eine Erörterung der Steuerreform gehandelt, deren Erledigung unmittelbar nach dem Zusammentritt des Reichstags am 19. Januar in Angriff genommen werden soll. Die Bemühungen seien darauf gerichtet, ein Kompromiß unter den Führern der drei Parteien betreffs des Steuerproblems zu erreichen.

Hierzu ist zu bemerken, daß Beratungen zwischen den Parteiführern über die Steuerfragen in der letzten Zeit nicht abgehalten wurden. Die Vertreter der verschiedenen Fraktionen haben vielmehr einzeln im Reichsfinanzministerium und in der Reichskanzlei vorgesprochen, um mit dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes und dem Reichskanzler den Stand der Dinge zu erörtern. Daß diese beiden Herren das Bestreben haben, zwischen den Parteien, auf die sich die Regierung stützt, eine Verständigung über die Steuerreform zu erreichen, ist ganz selbstverständlich. Aber Verhandlungen, in denen sich auch nur ein Weg gezeigt hätte, das angestrebte Ziel zu erreichen, haben nicht stattgefunden. Man kann eher sagen, daß in diesem Augenblick die Schwierigkeiten größer scheinen denn je.

Die Sozialdemokratische Partei sieht sich nicht in der Lage, von ihrem bekannten Standpunkt abweichen zu können. Sie gibt zu, daß unter den gegenwärtigen, verzweifelten Umständen eine Heranziehung der breiten Massen zur Tragung der Reichslasten, insbesondere auch in Form von Verbrauchssteuern, nicht vermieden werden kann, zumal ein Zwang von außen besteht, solche Steuern zur Durchführung zu bringen. Sie ist bereit, als Regierungspartei aus dieser Tatsache die Konsequenzen zu ziehen, sie ist es aber nur unter der Voraussetzung, daß auch die besitzenden Kreise in energischer Weise zur Tragung der Lasten mit herangezogen werden. Eine solche energische Heranziehung kann sie nicht in Vermögenssteuern erblicken, die sich erst nach Jahren auswirken werden und deren Ergebnis bei dem schwankenden Stande der Mark völlig ungewiß ist.

Jene Form der Heranziehung der besitzenden Schichten, die man unter dem Schlagwort „Erfassung der Sachwerte" zusammenfaßt hat, wird sich auf die Dauer nicht vermeiden lassen. Man kann dabei an eine Verwirklichung der Vorschläge des Reichswirtschaftsamtes denken, also an Ausgabe von Gratisaktien im Betrage von 25 Prozent des Aktienkapitals an das Reich und entsprechende Maßnahmen gegenüber den andern Großunternehmungen der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft, die keine Aktiengesellschaften sind. Aber der Grundgedanke ließe sich auch auf andre Weise verwirklichen, so beispielsweise durch sofortige Einziehung des zweiten Drittels des Reichsnotopfers mit verstärkter Belastung der aus Sachwerten bestehenden Vermögen. Vielleicht käme auch die Auflegung einer Zwangsanleihe in Betracht, wozu durch den bekannten Hachenburgischen Entwurf das Instrument geschaffen ist, um den außerordentlichen Etat auf solche Weise ins Gleichgewicht zu bringen. Ueber die Art der Ausführung des Grundgedankens würde also die Sozialdemokratische Partei wohl mit sich reden lassen, aber ihn selbst wird sie nicht aufgeben. Man wird vielmehr an seine Verwirklichung auf die eine oder die andre Weise herangehen müssen, wenn man auf ihre Mitwirkung bei der Verabschiedung der Steuerreform rechnen will.

Kommt eine Steuerreform mit der Sozialdemokratie nicht zustande, dann ergibt sich eine vollkommen veränderte politische Situation. Denn die Regierung kann selbstverständlich nur aus denjenigen Parteien gebildet werden, die die Steuern bewilligen. Es steht also ganz bei den bürgerlichen Parteien, durch faktische Ausschaltung der Sozialdemokratie bei der Verabschiedung der Finanzreform einen Umschwung der innerpolitischen Verhältnisse herbeizuführen, und die Leitung der Reichsgeschäfte ganz in die eigenen Hände zu nehmen. Es fragt sich nur, ob eine Regierung des bürgerlichen Großblockes, die ihre Tätigkeit mit einer schweren steuerlichen Belastung der Massen unter gleichzeitiger Schonung des Besitzes beginnen wollte, innerpolitisch und außenpolitisch haltbar wäre. Diese Frage werden sich die bürgerlichen Parteien sehr genau überlegen müssen, wenn sie gegenüber den Vorschlägen der Sozialdemokratie in der gleichen ablehnenden Haltung wie bisher, verharren wollen.

Neue Verhandlungen über die Beamtenbezüge

Heute Donnerstag beginnen im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen der Regierung mit den Vertretern der Beamtenorganisationen über die Erhöhung der Beamtenbezüge. Die Beratungen werden mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Frankfurt a. M., 5. Januar. Die Ortsverwaltungen Frankfurt a. M. und Darmstadt des Deutschen Eisenbahnerverbandes haben telegraphisch in Berlin die Forderung erhoben, daß die Ueberteuerungsvorschüsse, wie sie im besetzten Gebiet gezahlt werden, auch für Frankfurt a. M., Darmstadt und die dazu gehörigen Grenzortschaften bewilligt werden.

Frankfurt a. M., 4. Januar. In einer Verhandlung der Gewerkschaft Deutscher Post- und Telegraphenbeamten wurde gestern abend Protest erhoben gegen die unzureichenden Ergebnisse der letzten Gehaltsregelung. In einer Entschließung wird das Verhalten der Regierung gegenüber den Vertretern der Beamten getadelt und als Verschleppungspolitik verurteilt.

Sowjetregierung und Alkohol

In der Moskauer Iswestija erhebt der Kommissar für die Volksgesundheit, Ssemaschko, energischen Protest gegen das Dekret der Sowjetregierung, das die Herstellung von Branntwein mit 14 Prozent Alkoholgehalt gestattet. Er macht darauf aufmerksam, daß eine starke Strömung bestehe, die für die Freigabe auch noch stärkerer alkoholischer Getränke eintritt.

Wer Rußland vor dem Alkoholverbot (im Jahre 1914) zu beobachten Gelegenheit hatte, weiß nur zu gut, den ungeheuer wohltuenden Einfluß dieses Verbots zu schätzen. Abgesehen von allen andern Folgen für Volksgesundheit, Kriminalität usw., kann in erster Linie das eine nicht genügend unterstrichen werden: seine Bedeutung für die heranwachsende Generation. Diese kennt nicht den Schnaps als Volksgenußmittel; der Alkoholgenuß als Volkssitte — oder richtiger Volksunsitte — ist für die russische Jugend zum Teil eine traumhafte Erinnerung, zum Teil etwas vollständig Unbekanntes.

Die Freigabe von alkoholischen Getränken ist als eine schwere moralische Niederlage der Sowjetregierung zu bewerten, sie ist ein Schlag ins Gesicht aller schönen Prinzipien der Kommissariate für Volksgesundheit und Volksbildung. Jetzt stellt sich die Sowjetregierung auf den Standpunkt des Zarismus, der den Alkoholismus zur Quelle fiskalischer Bereicherung gemacht hatte. Das Prinzip des Alkoholverbots ist durchbrochen, und jeder weitere Kampf gegen die privaten und geheimen Schnapsbrennereien wird zur Heuchelei. Es erscheint unter diesen Umständen verständlich, daß die Arbeiter der Moskauer Fabriken in den Versammlungen den Rednern empört die Frage stellen, ob es wahr sei, daß die Sowjetregierung das Saufen wieder gestattet habe.

Der Karelische Aufstand

Stockholm, 5 Januar. Die über Helsingfors kommenden Nachrichten aus Ostkarelien lassen jetzt deutlich erkennen, daß die Räteregierung endlich dem karelischen Aufstande mit gut ausgerüsteten und weit überlegenen Truppen ein Ende machen will. Die Karelier wehren sich mit dem Mute der Verzweiflung. Aber Porajoervi ist von den Rätetruppen bereits genommen und Repola ist bedroht. Die Verluste auf beiden Seiten sind verhältnismäßig sehr schwer. Teile der Karelier flüchten über die Grenze nach Finnland.

Vereinheitlichung der Sozialversicherung

Der soziale Ausschuß des Reichstages hatte vor einigen Monaten auf Antrag seiner sozialistischen Mitglieder beschlossen, das Reichsarbeitsministerium zu ersuchen, eine Darlegung der finanziellen Voraussetzungen für eine Verschmelzung der Angestellten- und der Invalidenversicherung auf der Grundlage der Leistungen des Versicherungsgesetzes für Angestellte zu geben. Das Reichsarbeitsministerium hat demzufolge eine vom 25. November 1921 datierende „Denkschrift über Fragen aus der Invaliden- und der Angestelltenversicherung" vorgelegt, die sowohl vom sozialpolitischen, als auch vom versicherungstechnischen Standpunkt als geradezu laienhaft bezeichnet werden muß. Die Denkschrift sagt zunächst ganz richtig, es sei „in der Invalidenversicherung durch das Gesetz über Aenderung der Beiträge und Leistungen in der Invalidenversicherung vom 28. Juli 1921 eine derartige Heraufsetzung der Leistungen in der Invalidenversicherung erfolgt, daß diese zur Zeit kaum hinter denjenigen der Angestelltenversicherung zurückstehen, selbst wenn bei den letzteren die Teilhilfen auf Grund des Gesetzes über Aenderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 23. Juli 1921 eingerechnet werden." Das Reichsarbeitsministerium fährt dann fort: „Mögen sich hiernach gegenwärtig die Leistungen im allgemeinen ziffernmäßig die Wage halten, so bleiben doch die wesentlichen Unterschiede grundsätzlicher Art; der bereits Versicherte würde erst bei höherem Grade von Arbeitsunfähigkeit den Anspruch auf die Leistungen erwerben, und seine Witwe und seine Kinder würden ungünstiger gestellt."

Die hier erwähnten Unterschiede bestehen darin, daß bisher bei der allgemeinen Invalidenversicherung Renten erst gewährt werden, wenn jemand vier Sechstel seiner Erwerbsfähigkeit eingebüßt hat, während bei der Angestelltenversicherung die Rente gewährt wird, wenn ein Versicherter drei Sechstel der Erwerbsfähigkeit verloren hat. Bei der Angestelltenversicherung bekommt jede Witwe, für die die entsprechende Anwartschaft erworben ist, eine Rente, gleichviel ob sie erwerbsfähig ist oder nicht; bei der Invalidenversicherung wird die Witwenrente nur an invalide Frauen gewährt. Die Angestelltenversicherung gewährt Waisenrente an Kinder unter 18 Jahren, die Invalidenversicherung an solche bis zu 15 Jahren.

Es wäre nun Aufgabe jener Denkschrift gewesen, eine genaue Rechnung darüber aufzumachen, wie weit die allgemeine Invalidenversicherung belastet werden würde, wenn sie künftig dieselben Leistungen gewährt wie die Angestelltenversicherung. Das tut die Denkschrift indes keineswegs, sondern sie behauptet ganz beweislos und im Widerspruch zu den Versicherungssachverständigen, daß sich die Kosten für Invalidenrenten schon dann verdoppeln würden, wenn man den im Angestelltenversicherungsgesetz enthaltenen Begriff der Invalidität auf die allgemeine Invalidenversicherung übertragen würde.

Der Reichstagsausschuß hatte auch eine Gegenüberstellung der jetzigen Leistungen der Angestelltenversicherung einer- und der Invalidenversicherung anderseits verlangt. Statt nun einfach zu zeigen, welche Rente der versicherte Angestellte und welche der versicherte Arbeiter bekommt, rechnet das Reichsarbeitsministerium versicherungstechnisch aus, daß der Wert der Versicherungsleistungen bei der Invalidenversicherung um 22,5 Prozent höher sei, als der Wert der Beiträge, während bei der Angestelltenversicherung der Wert der Versicherungsleistungen um 26,9 Prozent größer sei als der Wert der geleisteten Beiträge. Diese Rechnung ist nicht nur falsch, weil das Reichsarbeitsministerium dieses Resultat nur dadurch erzielt hat, indem es bei der Invalidenversicherung die Reichszuschüsse, die den Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrentnern gewährt werden, wegläßt. Die Rechnung ist aber auch aus dem Grunde geradezu absurd, weil das Reichsarbeitsministerium von vornherein die Versicherungsbeiträge nur insofern in Anrechnung bringt, als sie nicht für Verwaltungskosten ausgegeben werden. Demzufolge würde eine Versicherung prozentual um so vorteilhafter für die Versicherten sein, je höher die Verwaltungskosten sind. Machen wir uns das an einem drastischen Beispiel klar. Jemand zahlt in eine Versicherung 1100 M. Beiträge, von denen 100 M. als Verwaltungskosten ausgegeben werden, so daß 1000 M. verbleiben; er bekommt dafür 1000 M. Versicherungssumme, also ist nach den Berechnungen des Reichsarbeitsministeriums der Wert der Versicherungsleistungen gleich 100 Prozent der Beiträge. Ein andrer zahlt ebenfalls 1000 M. Beiträge ein, und zwar bei einer faulen Gesellschaft, die 600 M. Verwaltungskosten braucht, es bleiben 500 M. Dieser Versicherte bekommt ebenfalls 1000 M. Versicherungssumme ausgezahlt, so daß nach den Berechnungen des Reichsarbeitsministeriums der Wert der Versicherungsleistungen gleich 200 Prozent der Beiträge ist. In der Praxis würde diese Gesellschaft ihre Beiträge bedeutend erhöhen müssen.

Mit solchen Mätzchen wird der Reichstag vom Reichsarbeitsministerium unterhalten. In der Hauptsache ist die „Denkschrift" auf die Wahlagitation zugunsten gewisser Angestelltenverbände zurechtgestutzt, die unter allen Umständen an der Sonderversicherung für Angestellte festhalten wollen.

Vom Reichsarbeitsministerium wird verlangt werden müssen, daß es bei künftigen Sachdarstellungen sich einer wirklichen Objektivität befleißigt und die von ihm auszuarbeitenden Denkschriften nicht nach dem Gesichtspunkte bearbeitet, daß sie bestimmten Angestelltenverbänden für die Wahlarbeit bei der bevorstehenden Angestelltenversicherungswahl Material bietet. Die Soziale Praxis, die ja von gut bürgerlichen Leuten herausgegeben wird, schreibt unterm 14. Dezember zu der Vereinheitlichung der Angestellten- mit der Invalidenversicherung: „In der wissenschaftlichen Fachwelt sind die Akten über die ganze Angelegenheit so gut wie abgeschlossen und die Freunde der völlig isolierten Sonderversicherung sind hier mit der Laterne zu suchen."

Das Reichsarbeitsministerium sollte sich der Erkenntnis der Wissenschaft auf diesem Gebiete nicht länger verschließen, sondern im Interesse der Angestellten die notwendigen Vorarbeiten für die Vereinheitlichung treffen.

Leben • Wissen • Kunst

Der Büchmann

Georg Büchmanns „Geflügelte Worte" sind eins der bekanntesten Bücher unsres Schrifttums; sein Name ist selbst ein „geflügeltes Wort" geworden, nachdem er diese glückliche Bezeichnung in unsre Sprache eingeführt hat. Am 4. Januar sind 100 Jahre verflossen, seit Georg Büchmann zu Berlin geboren wurde. Schon während seines Studiums zeigte er eine besondere Begabung für die Erlernung und die Erforschung der Sprachen. Als er dann als Oberlehrer an der Friedrich-Werderschen Gewerbeschule in Berlin wirkte, widmete er sich in den Mußestunden weiter seinen Sprachstudien. Nachdem er sich in seiner Jugend mit den alten Sprachen, dem Griechischen, Hebräischen und Lateinischen beschäftigt hatte, wählte er Französisch und Englisch zu seinem Hauptgebiet und machte sich auch mit dem Spanischen, Italienischen, Polnischen, Dänischen und Schwedischen bekannt. Den Anstoß zu seiner Beschäftigung mit den Zitaten der Weltliteratur gaben ihm ein englisches und ein französisches Werk, das „Handbook of Familiar Quotations" und der „Esprit des Autres" von Journier. Es gelang ihm, diese beiden Vorläufer an Gründlichkeit, Stoffülle und geistvoller Durchdringung bald weit zu übertreffen. 1861 hielt er einen Vortrag über „gefälschte Zitate", und dann im folgenden Jahr einen über „landläufige Zitate", deinen er bei dieser Gelegenheit zum erstenmal den weltberühmt gewordenen Namen „Geflügelte Worte" gab. Wie Ippel in seinem den späteren Auflagen des „Büchmann" voranstellten Gedenkblatt hervorhebt, bewog der Verlagsbuchhändler Weidling, der dem Vortrag beigewohnt hatte, Büchmann, die Abhandlung in erweiterter Form als Buch herauszugeben, und so erschien 1864 zum erstenmal das Buch „Geflügelte Worte: Der Zitatenschatz des deutschen Volkes", nur 220 Seiten stark, während das Werk dann in den folgenden Jahrzehnten bis auf eine Stärke von fast 1000 Seiten anwuchs. Büchmann erläuterte in der Einleitung den von ihm geschaffenen Begriff des „Geflügelten Worts", das bis dahin nur aus Homer als eine „schnell von den Lippen des Redenden enteilender Ausdruck" bekannt war. „Es haben sich", sagt er in der Einleitung, im Laufe der Zeit stehende, fertige Formen von Wortzusammenstellungen und Gedanken entwickelt, für die eine allgemeine Bezeichnung nicht vorhanden ist, und die je nach ihrer Natur Redensarten, sprichwörtliche Redensarten, Sprüche, Sprichwörter usw. genannt werden. Diese sind in dem folgenden Büchlein unter dem Titel „Geflügelte Worte" gesammelt und mit den Attesten ihres oft überraschend versteckten Ursprungs versehen worden; mag der Name „geflügelte Worte" nun richtig gewählt sein oder nicht." Die gültige Begriffsbestimmung des Wortes hat dann erst Büchmanns Fortsetzer, Robert Tornow, gegeben: „Ein geflügeltes Wort ist ein in weiteren Kreisen des Vaterlandes dauernd angeführter Ausspruch, Ausdruck oder Name, gleichviel welcher Sprache, dessen historischer Urheber oder dessen literarischer Ursprung nachweisbar ist." Büchmanns Buch hatte einen überraschenden, von Jahr zu Jahr anwachsenden Erfolg. Er hatte in den verschiedenen Auflagen um Zusätze und Berichtigungen gebeten, und bald hatte er „die halbe Welt zum Mitarbeiter", so daß weite Kreise des Volkes an dem Ausbau dieses Lieblingswerkes mitgearbeitet haben. Er selbst zählte über 600 Korrespondenten auf, die ihn unterstützten. Die „Geflügelten Worte" wurden in die meisten Sprachen der Welt übersetzt, wurden nachgeahmt und auch nach Büchmanns Tode im Jahre 1884 von berufenen Kennern weiter ergänzt, so daß sie heute wirklich den Mittel- und Sammelpunkt der seitdem reicherblühten Schlagwort- und Redensartenforschung bilden.

Theater

Im Opernhause ging gestern Puccinis fesselndes Opernwerk Tosca in Szene. Richard Tauber gab dabei erstmalig den Cavaradossi, und in der Titelrolle gastierte Marga Dannenberg. Sie ist eine schöne, hoheitsvolle Bühnenerscheinung, der reiches darstellerisches Ausdrucksvermögen eigen ist. Stimmlich verfügt sie über einen zwar etwas flackernden, aber gleichmäßig durchgebildeten, in allen Lagen sicheren und zudem farbigen Mezzosopran, der allerdings die Maienblüte hinter sich hat. Taubers so sehr passive Rolle des unglücklichen Cavaradossi zeichnete unter dem Bauber des Künstlers zu unübertrefflicher Eindruckskraft. Er und sein Gegenpart, der Scarpia Robert Burg, weich und hoch das Innerste verletzend gemein, waren die stärksten Mächte des Abends. Kurt Striegler dirigierte die Aufführung mit wirklich leidenschaftlichem Impuls.

P. B.

Dresdner Kalender

Theater am 6. Januar. Opernhaus: 3. Sinfoniekonzert, Reihe A (7); öffentliche Hauptprobe (11½). — **Schauspielhaus:** Die versunkene Glocke (7). — **Zentral-Theater:** Michel, der Nußknacker (3½); Die Braut des Lucullus (7½). — **Residenz-Theater:** Die Eisprinzessin (3½); Schäm' dich — Lotte (7½).

Schauspielhaus. Als nächste Neuheit des Schauspielhauses werden die vier heiteren Einakter Der spielende Gros von Wilhelm Schmidtbonn vorbereitet. Die Erstaufführung ist auf Donnerstag den 12. Januar in Aussicht genommen. Die Einstudierung leitet Alexander Wierth.

Die Romeo und Julia-Aufführung überschreitet nun die gewöhnliche Dauer einer Klassikervorstellung (3½ Stunden) nicht mehr. Sie beginnt um 7 Uhr und endet um 10½ Uhr.

Volkshochschule. Die soziale, wirtschaftliche und technische Bedeutung der Textil- und Bekleidungsindustrie für den Freistaat Sachsen lautet das Thema einer Vortragsreihe, veranstaltet von der Volkshochschule Dresden. Vortragender ist Diplomingenieur Uhlemann, Assistent am Institut für Faserstoffchemie an der Technischen Hochschule. Die Vorträge werden allgemein verständlich sein, nicht nur für Spezialisten und Fachleute. Außer den Vorführungen, Lichtbildern usw. im Institut sind bei entsprechender Beteiligung als Abschluß Exkursionen und Besichtigungen von Textil- und Papierfabriken vorgesehen. Mit Genehmigung des Kultusministeriums findet der Kursus in der neuen Technischen Hochschule statt. Beginn: 9. Januar, abends 7 Uhr. Anmeldung: Volkshochschule, Georgplatz 5.

Dresdner Hochschulvereinigung für gemeinverständliche Vorlesungen. Herr Prof. Dr. Reuther beginnt in der Technischen Hochschule Montag den 9. Januar seine Vorträge über: „Kultur und Kunst der islamischen Völker in den ersten vier Jahrhunderten nach der Hedschra." — Herr Oberbaurat Prof. Möllering beginnt in der Technischen Hochschule Mittwoch den 11. Januar seine Vorträge über: „Sicherung des Eisenbahnverkehrs auf der freien Strecke und innerhalb der Bahnhöfe mit Vorführung der Sicherungsmittel in Lichtbildern und Modellen."

Sächsische Landesbibliothek. Die Neuerwerbungen der letzten 14 Tage sind vom 9. bis 21. Januar im Lesesaal der Bibliothek ausgestellt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220105/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Der gefälschte Verteilungsplan

Zu der Spendenverteilung in Niederschönenfeld erhält der Vorwärts eine Zuschrift des Rechtsbeistandes Erich Mühsams, des Rechtsanwalts Dr. Philipp Löwenfeld. Nach dieser Darstellung ist nämlich die Meldung über den angeblichen Verteilungsplan Mühsams folgendermaßen zustande gekommen:

Herr Erich Mühsam hat weder gewußt, daß überhaupt ein Geldbetrag eingetroffen ist, noch sich an Vorschlägen über eine Verteilung des Betrages in irgendeiner Form beteiligt. Der angebliche „Vorschlag Mühsam" über die Verteilung des Betrages ist weder von Herrn Mühsam noch von dessen Ehefrau jemals gemacht oder veranlaßt worden. Er stellt vielmehr eine glatte Fälschung dar. Der Urheber dieser Fälschung, welcher bereits ermittelt ist, ist der ehemalige Festungsgefangene Wilhelm Duske, bis vor kurzem Bezirksvorsitzender des Bezirks Südbayern der K. P. D. Duske, der während seiner Festungshaft wegen schwerer Beleidigungen gegen die Anstaltsbeamten vor dem Strafrichter stand, gleichwohl jedoch Bewährungsfrist für den Strafrest bewilligt erhielt, hat den angeblichen „Vorschlag Mühsam" selbst hergestellt und dem Festungsgefangenen Schwab in die Festungshaftanstalt Niederschönenfeld übermittelt. Schwab schlug den angeblichen Vorschlag im Speisesaal der Festungshaftanstalt Niederschönenfeld unter Protest des Herrn Mühsam an. Dort las ihn der Festungsgefangene Murböck, der ihn, wie er selbst zugibt, der Presse übermittelte.

Die Art, wie ein kommunistischer Führer den andern bekämpft und selbst vor einer Fälschung nicht zurückscheut, mit der er letzten Endes niemand anders als der bayerischen Reaktion billige Trümpfe gegen die Festungsgefangenen in die Hand spielt, ist mehr als ekelerregend. Etwas Derartiges würden ja selbst berufsmäßige Verbrecher nicht gegeneinander unternehmen, selbst in deren Kreisen kennt man noch ein Gefühl der Solidarität für die Mitgefangenen. So aber sehen die „Führer" aus, auf die die kommunistischen Arbeiter trotz hundertfach schlechten Erfahrungen immer wieder hereinfallen.

•

München, 3. Januar. Der kommunistische Stadtrat Weigel gab im Stadtrat die Erklärung ab, daß der Untersuchungsausschuß der Kommunistischen Partei nach Einsicht in das Urkundenmaterial beim, die Verteilung der amerikanischen Geldspende an die politischen Festungsgefangenen ihn aufforderte, seine Funktionen einschließlich seines Stadtratmandates nicht niederzulegen, da die gegen ihn erhobenen Vorwürfe böswillig erfunden seien.

Rumänien und Rußland

Bukarest, 4. Januar. Entgegen einer von der Sowjetregierung kürzlich abgegebenen Erklärung, daß sie in der Weigerung Rumäniens, sich zur Neutralität für den Fall eines Angriffs auf Sowjetrußland zu verpflichten, einen Beweis dafür erblicke, daß Rumänien mit der Absicht eines Angriffs umgehe, stellt die rumänische Regierung zur Ausschaltung jedes Zweifels über die von ihr eingenommene Haltung fest, daß Rumänien keinerlei Absicht habe, Sowjetrußland oder einen andern Staat anzugreifen. Als Mitglied des Völkerbundes sei Rumänien verpflichtet, während der in Warschau stattfindenden Unterhandlungen mit Sowjetrußland sich jeder Veranlassung zu einem Kriege zu enthalten. Die Regierung stellt fest, daß der rumänische Delegierte den Sowjetdelegierten geantwortet habe, daß Rumänien nicht in der Lage sei, gegen die Sowjetregierung eine Sonderverpflichtung zur Wahrung der Neutralität einzugehen, da es ja in Gemeinschaft mit allen Mitgliedern des Völkerbundes eine allgemeine Verpflichtung unterzeichnet habe. Die von der Moskauer Regierung verlangte Sonderverpflichtung käme einem Bündnisvertrage gleich. Die Weigerung, einen solchen zu unterzeichnen, bedeute nicht eine Angriffsabsicht. Die friedlichen Absichten Rumäniens seien entschieden zu der Zeit bekundet worden, als die Polen Kiew besetzten und Wrangel in der nördlichen Krim Fortschritte machte.

Calonder in Oberschlesien

Beuthen, 4. Januar. Zu dem auf etwa eine Woche berechneten Aufenthalt des schweizerischen Vertreters in Oberschlesien ist von den deutschen und polnischen Delegierten ein Programm vereinbart worden, dem Bundesrat Calonder zustimmte. Dabei betonte dieser wiederholt, er erblicke den Zweck seiner Reise darin, sich und seinen Begleitern ohne Voreingenommenheit ein möglichst eingehendes und objektives Bild von den wirtschaftlichen, nationalen und kulturellen Verhältnissen des Abstimmungsgebiets zu verschaffen. Als eine seiner vornehmsten Pflichten betrachtet Calonder, in eine möglichst enge Fühlung zur Bevölkerung zu treten und die Wünsche aller Stände und Schichten des Volkes persönlich entgegenzunehmen.

Nachprüfung der Reichsgerichtsurteile

Paris, 4. Januar. Auf seiner letzten Sitzung im August 1921 hat der Oberste Rat beschlossen, eine Kommission zu ernennen, die über die reichsgerichtlichen Entscheidungen gegen die Kriegsbeschuldigten Gutachten abgeben soll. Diese Kommission ist jetzt eingesetzt worden. Ihre Mitglieder sind: Justizminister Bonnevau, Generalanwalt beim Kassationshof Matter, der als Beauftragter Frankreichs der Verhandlung gegen General Stenger beigewohnt hat, Sir Alfred Pollock und Heherth für England, Raimoni für Italien und Serbay und van Elvick für Belgien. Die Kommission wird am Freitag ihre erste Sitzung am Quai d'Orsay abhalten.

Die K-Akten

Aus Elberfeld kommt eine sehr überraschende Nachricht. Dort ist nämlicherweise bei einer Abteilung der Staatsanwaltschaft eingebrochen und sämtliche Akten laufender Strafsachen gestohlen worden, die sich gegen Angeklagte mit dem Anfangsbuchstaben K richteten. Die Akten sind durch den Kohlenkeller ins Freie geschleppt und dann in die Wupper geworfen worden. Ebenso wurde mit sämtlichen zugehörigen Registern und Kalendern aufgeräumt. Man nimmt an, daß ein bestimmtes Schriftstück gesucht wurde, daß aber die Diebe, da sie es so schnell nicht finden konnten, sich entschlossen, alle Akten mitzunehmen. Der Polizei ist es gelungen, einen geringen Teil der Akten wieder aufzufinden.

Durch diesen Vorgang werden manche Leute, die das Glück haben, den Anfangsbuchstaben K zu führen, begreiflicherweise in freudige Stimmung versetzt. Wenn wir uns nicht irren, war eine Zeitlang in Elberfeld auch ein Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung gegen den deutschnationalen Abgeordneten van den Kerkhoff anhängig, der ja schon einmal den Glücksfall verzeichnen konnte, daß aus seinen Steuerakten beim Finanzamt besonders wichtige Stücke spurlos verschwunden waren. Hoffentlich sind diesmal wenigstens seine Akten gerettet worden.

Die Durchführung der Entwaffnung

Den VPR. geht von zuständiger Stelle folgende Zusammenstellung der auf Grund des Ultimatums und der Entwaffnungsnoten vom Mai 1921 von der Reichstreuhandgesellschaft zur Zerstörung übernommenen Bestände an Waffen, Munition und Kriegsgerät nach dem Stande vom 15. November 1921 zu:

546 Geschütze, 543 Geschützrohre, 978 Lafetten, 2 465 148 Stück Artilleriemunition und Minen, 2 022 197 Stück Zünder-Artilleriemunition, 8 930 861 Kilogramm Pulver und Sprengstoff, 1577 Minen- und Granatwerfer, darunter 884 Signalwerfer, 6902 Maschinengewehre, 415 512 Gewehre, Karabiner und Tankgewehre, 27 242 Revolver und Pistolen, 246 482 blanke Waffen, 2 419 356 Gewehr-, Wurf- und Handgranaten, 2 849 250 Zünder für Handgranaten, 62 705 477 Stück Handwaffenmunition, 420 842 Kartuschen aller Art, 839 963 Sprengladungen und Sprengpatronen, 18 289 Wagen aller Art, 1357 Feldküchen.

Außerdem große Mengen an sonstigem Kriegsgerät, wie Gewehrschütz-Ersatz- und -Zubehörteile, optischen Geräten, Nachrichtengerät, Brückengerät und Pontons, Gasschutzgerät, Werkzeugen aller Art, Feld- und Förderbahngerät, Geschirr- und Stallsachen, Wagenzubehörteilen, Textilien, Feldküchengeräten, Schiffszubehörteilen, ferner 120 Feldbacköfen, 214 Kraftwagen, 85 Kraftwagenanhänger, 18 Motorräder, 280 Fahrräder, 12 292 Armeesättel, 2557 Rocksättel, 2321 Sielengeschirre, 500 000 Platzpatronen.

Deutsches Reich

Die Nationalarmee

Auf eine Anfrage der Unabhängigen im Landtage über das Bestehen von geheimen rechtsradikalen Organisationen in München, ist eine schriftliche Antwort erteilt worden, in der es heißt: Dem Staatsministerium sei diese Tatsache bekannt. Die betreffenden Organisationen erstrecken sich auch nach Preußen hin. In Frankfurt a. M. sei eine Vereinigung festgestellt worden, die sich Nationalarmee genannt habe und wahrscheinlich in losem Zusammenhang mit der Münchner Geheimorganisation bestanden habe. Sie sei aber über die ersten Anfänge nicht hinausgekommen. Es schwebten noch Ermittlungen bei der Staatsanwaltschaft wegen eines etwaigen Zusammenhanges mit den Mördern Erzbergers. Die Ergebnisse dieser Ermittlungen seien noch unbekannt. Jedoch sei bekannt, daß der Oberstaatsanwalt in Frankfurt a. M. eine gerichtliche Voruntersuchung gegen folgende Personen eröffnet habe: 1. den ehemaligen Schutzpolizeiwachtmeister in Berlin Ernst Sonderhof, 2. den Polizeioberleutnant Arwed Siebert, 3. den Leutnant a. D. Wilhelm Heinz, 4. den Polizeiunterwachtmeister Eduard Schwerze. Leutnant Heinz aus Frankfurt a. M. steht außerdem im Verdachte der Mitwisserschaft an der Ermordung Erzbergers.

Begnadigung einer Kommunistin

Halle, 4. Januar. Die ehemalige Hallesche Stadtverordnete Frau Hedwig Krüger, die im April 1921 vom Sondergericht in Naumburg wegen Beteiligung am Märzputsch zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, ist in der Silvesternacht als bedingt begnadigt aus dem Zuchthaus entlassen worden. Frau Hedwig Krüger stand an der Spitze des Sanitätswesens der kämpfenden Kommunisten. Bei ihrer Verhaftung hatte man bei ihr ein kleines Fläschchen mit Gift gefunden, von dem sie behauptete, sie trage es immer bei sich, um gegebenenfalls Selbstmord begehen zu können.

Die Anklage dagegen nahm an, daß sie es bei sich führte, um verwundeten Sippoleuten den Rest zu geben. Sie war im Zuchthaus in Sagan untergebracht, wo sie kurz vor dem Hungerstreik einen Selbstmordversuch beging, der indes mißglückte. Aus am Hungerstreik beteiligte sie sich. Frau Krüger war ganz kurz vor dem Märzaufstand von der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden. Es ist anzunehmen, daß sie durch ihre Beteiligung am Märzaufstand sich bei ihren früheren Parteigenossen wieder rehabilitieren wollte.

Ein deutscher Landwirtschaftsattaché für Osteuropa

Prag, 4. Januar. Die deutsche Gesandtschaft teilte dem Ministerium des Äußern in einer Verbalnote die Ernennung des Professors Dr. Hallmann zum landwirtschaftlichen Attaché für die ost- und südeuropäischen Vertretungen mit. Dr. Hallmann ist zunächst der deutschen Gesandtschaft in Bukarest zugeteilt.

Wiederaufnahme der polnischen Verhandlungen

Beuthen, 4. Januar. Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen sind heute in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. In den einzelnen Unterausschüssen wurden besonders die Fragen erörtert, über die bisher noch keine Einigung erzielt werden konnte.

Ein ukrainischer Handelsdelegierter in Berlin

Berlin, 4. Januar. Der Handelsvertreter der ukrainischen Räterepublik, Professor Nowakowsky, ist in Berlin eingetroffen, um die Möglichkeit der Handelsbeziehungen mit Deutschland zu prüfen.

Schön wieder ein Sünder! Eben erst veröffentlicht der Familienverband derer von Oheimb eine Bannbulle gegen die volksparteiliche Abgeordnete Frau Katharina von Oheimb, weil sie die jüngsten Kaiserbriefe nicht respektvoll genug besprochen habe. Und schon müssen wir am gleichen Tage von dem volksparteilichen Abgeordneten Gildemeister, dem Führer des rechtesten Flügels, in der Täglichen Rundschau lesen, daß die Idee des Königtums darin gipfele, daß in den letzten Entscheidungen die königliche Verantwortung nicht auf die Ratgeber abgewälzt werden kann. Armer Wilhelm! Arme Volkspartei! Die beiden Königskinder scheinen sich gar nicht mehr finden zu können.

Aus aller Welt

Ein deutscher Dampfer vermißt

Christiania, 4. Januar. Das Norwegische Telegraphenbureau meldet aus Haugesund: Der deutsche Dampfer Signal, der am 16. Dezember von Sagbaad nach Königsberg mit einer Ladung Kies abgegangen war, ist noch nicht in seinem Bestimmungshafen angekommen. Es wird angenommen, daß das Schiff mit Mann und Maus während des starken Sturmes, der am 17. Dezember in der Nordsee wütete, untergegangen ist. Der Dampfer hatte eine Besatzung von 25 Mann.

Verurteilung polnischer Oberschlesier

Breslau, 5. Januar. Im November waren fünf italienische Soldaten von einer Bande Polen stark beschossen worden. Einer der italienischen Soldaten starb an seinen Verletzungen. Unter den Angreifern, die die Uniform der Gemeindewache trugen, wurden vier polnische Oberschlesier festgestellt. Sie standen jetzt vor Gericht und wurden wegen fahrlässiger Tötung zu 22, 18, 12 und 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

Großmutter und vier Enkelkinder durch Gas vergiftet

München, 4. Januar. In einer Wohnung in der Rumfordstraße wurden durch ausströmende Gase fünf Personen getötet, und zwar die 70 Jahre alte Mutter der Musikerei. au Hannemann und ihre vier Enkelkinder im Alter von 1 bis 10 Jahren. Die Frau Hannemann und zwei ältere Töchter im Alter von 18 und 28 Jahren mußten bewußtlos in das Krankenhaus eingeliefert werden.

Professor Schorks Bergung unmöglich

Innsbruck, 4. Januar. Die Arbeiten zur Bergung des in den Oetzthaler Alpen von einer Lawine verschütteten Prof. Schork aus Pforzheim mußten wegen Schneesturmes und Lawinengefahr aufgegeben werden. Wie die Blätter melden, gerieten fünf Mitglieder der Rettungsexpedition selbst in eine Lawine, konnten sich aber retten. Einer davon, ein Reichsdeutscher, erlitt einen Knochenbruch.

Den Schwiegersohn erstochen

Görlitz, 4. Januar. Wie die Blätter melden, hat sich am Neujahrsabend auf dem Kohlfurter Bahnhofe eine Familientragödie zugetragen. Dort wurde in seiner Wohnung der Marineleutnant a. D. Otto Geißler erstochen aufgefunden. Die Untersuchung hat, wie der Neue Görlitzer Anzeiger meldet, nun volle Aufklärung über den Vorfall gebracht. Der Schwiegervater des ums Leben gekommenen, der frühere Gastwirt und jetzige Rentier Brack hat der zuständigen Behörde mitgeteilt, daß er in der Notwehr seinen Schwiegersohn durch Messerstiche verletzt habe, die dessen Tod herbeiführten. Die Ursache der Tat dürfte in unglücklichen Familienverhältnissen zu suchen sein.

Vier Todesopfer einer Schlagwetterexplosion

Dortmund, 4. Januar. In der Mittagsschicht am 2. Januar sind auf der Schachtanlage Lothringen IV in der Bremskammer eines Aufzuges über der zweiten Sole vier Arbeiter und zwei Beamte von einer Schlagwetterexplosion betroffen worden. Beide Beamten sowie ein Schlepper kamen zu Tode. Drei Arbeiter, von denen jedoch einer bereits ebenfalls verstorben ist, wurden schwer verletzt. Die Arbeiter waren mit elektrischen Lampen, die Beamten mit Benzinsicherheitslampen ausgerüstet. Die schlagenden Wetter sind entweder durch Funkenbildung beim Losmeißeln eines Kohlenstückes oder durch eine der Benzinsicherheitslampen entzündet worden, was noch festzustellen ist.

Noch zehn Ueberlebende des Fehmarn

London, 4. Januar. Ein Fischdampfer landete in Grimsby zehn Ueberlebende der Besatzung des deutschen Dampfers Fehmarn, der am Sonnabend während eines Sturmes in der Nordsee gekentert war.

Der Urheber des Dinkelsbühler Attentats

Wie die Blätter aus München melden, ist als Urheber des Anschlages in Dinkelsbühl der verhaftete August Klingler festgestellt worden.

Neueste Telegramme

Um das englisch-irische Abkommen

London, 5. Januar. Aus Dublin wird gemeldet: Gestern setzte das Sinnfeiner-Parlament die Erörterung des englisch-irischen Abkommens fort. Bisher sprachen sich 27 Abgeordnete für und 25 gegen die Ratifizierung aus. Man glaubt, daß die Ratifizierung mit einer Mehrheit von zehn Stimmen beschlossen werde. De Valera veröffentlichte gestern einen Aufruf, in dem er das irische Volk auffordert, durchzuhalten, und erklärt, die Lage könne noch im letzten Augenblicke gerettet werden.

Regierungswechsel in Dänemark

Stockholm, 4. Januar. In Dänemark stehen umfangreiche Veränderungen in der Regierung bevor. Die Stellung des Außenministers Scavenius gilt schon seit langem als erschüttert. Die von den Sozialdemokraten veranlaßte Interpellationsdebatte des Reichstages wegen des Abbruches der dänisch-russischen Verhandlungen hat nur mit einem halben Vertrauensvotum für ihn geendet. Er soll jetzt ausgeschifft werden. Außerdem sollen der Verteidigungs- und der Handelsminister abgehen.

Die chinesischen Zölle

Washington, 5. Januar. Der Unterausschuß, der mit der Frage der chinesischen Zölle betraut ist, einigte sich dahin, als Grundlage den effektiven Zollsatz von 5 Prozent anzunehmen. Das würde eine Nettoerhöhung um 1½ Prozent zugunsten der chinesischen Regierung bedeuten.

Der englische Boykott in Aegypten

Kairo, 5. Januar. Die ägyptische Advokatenschaft beschloß am nächsten Freitag den Streik einzustellen, aber während zwei Monaten Trauerkleidung anzulegen sowie den englischen Handel, die englische Industrie und die englischen Banken zu boykottieren.

Um die belgischen Prioritäten

Paris, 5. Januar. Nach einer Meldung des Petit Parisien aus Cannes wird der heutige Tag ausschließlich den Besprechungen mit den alliierten Sachverständigen über die Frage der belgischen Prioritäten gewidmet sein.

Der russisch-finnische Gegensatz

Helsingfors, 5. Januar. Laut einem gestern eingegangenen Telegramm des finnischen Gesandten in Moskau verlangte die Sowjet-Regierung, daß die finnische Evakuierungskommission unverzüglich Petersburg verlasse.

Letzte lokale Nachrichten

Tod auf den Schienen. Am Mittwoch nachmittag verunglückte der in Dresden wohnhafte Rangierer E. H., indem er auf einen in Fahrt befindlichen Güterzug aufspringen wollte. Dabei geriet er unter die Räder, die ihm über den Brustkorb und über eine Hand rollten.

Devisenkurse

Berlin, 5. Januar. (Amtlich.)

		5. 1. Geld	5. 1. Brief	4. 1. Geld	4. 1. Brief
Holland	100 Gulden	7417,75	7432,45	7042,05	7057,05
Dänemark	100 Kronen	4006,05	4014,05	3816,15	3823,85
Schweden	100 Kronen	4985,—	4995,—	4755,20	4734,80
Norwegen	100 Kronen	3136,85	3142,15	3001,95	3008,05
Helsingfors	100 finn. Mark	380,—	380,80	366,60	367,40
Schweiz	100 Frank	3891,10	3899,90	3726,25	3733,75
Wien (deutschösterr. abgest.)	100 Kronen	5,88	5,92	6,66	6,72
Prag	100 Kronen	828,15	828,85	806,65	807,35
Budapest	100 Kronen	31,96	32,04	31,56	31,64
Spanien	100 Peseten				
Brüssel-Antwerpen	100 Frank	1528,45	1531,55	1478,50	1481,50
Italien	100 Lire	851,60	853,40	809,15	810,05
London	1 Pfd. Sterl.	846,65	848,85	809,15	810,85
Neuyork	1 Dollar	201,29	201,71	193,80	193,70
Paris	100 Frank	1598,40	1601,60	1548,45	1546,55
Buenos Aires	1 Peso	66,85	66,95	64,15	64,85

Vom Devisenmarkt

Eigene Drahtmeldung

rz. **Berlin, 5. Januar.** In den heutigen Vormittagsstunden setzte sich die bereits in den letzten Tagen deutlich hervorgetretene Steigerung der Devisenkurse weiter fort. Die ausländischen Zahlungsmittel sind allenthalben lebhaft gesucht. Der Dollar wurde in großen Posten umgesetzt. Das Ausland und die Provinzen haben hierbei großen Anteil. Nach einer längeren Pause der Zurückhaltung ist gestern auch die Spekulation wieder „eingestiegen". Der Hauptbedarf besteht allerdings bei Industrie und Warenhandel. Auch am Markt der Ostdevisen setzten sich die Kurssteigerungen fort. Insbesondere wird die Denise Prag besser bewertet.

Wasserstände der Moldau, Iser, Eger und Elbe

	Meßort	3.	4.
Moldau	Budweis	+ 20	+ 20
Moldau	Mohran	— 20	+ 70
Iser	Jungbunzlau	+ 210	+ 87
Eger	Laun	+ 284	+ 148
Elbe	Warbubitz	— 45	+ 172
Elbe	Brandeis	+ 92	+ 156
Elbe	Melnik	— 10	+ 19
Elbe	Leitmeritz	+ 8	+ 69
Elbe	Aussig	+ 16	+ 144
Elbe	Dresden	— 71	— 84

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220105/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Pirna. Unter Hinweis auf die Bekanntmachung des Stadtrats v. 8. 4. 21 ersucht hiermit an die Inhaber verbilligter Lebensmittelkarten, deren Einkommen sich derart erhöht hat, daß die Voraussetzungen für den Besitz der verbilligten Karten nicht mehr gegeben sind, die Aufforderung, die Ausweise umgehend, spätestens aber bis zum 15. Januar in unserer Kartenstelle zurückzureichen.

Unterstützungsberechtigte sind nach den Grundsätzen des Landesrates ledige Personen mit einem Einkommen bis zu 6000 M., verheiratete Personen mit einem Einkommen bis zu 9000 M. Für jedes zu unterhaltende Kind erhöht sich der Unterstützungssatz um 1000 M.

Schwerkriegsbeschädigte ledig und verheiratet und Hinterbliebene von Schwerkriegsbeschädigten sind unterstützungsberechtigt, soweit ihr Gesamteinkommen 12000 M. nicht übersteigt. Auch hier erhöht sich der Unterstützungssatz für jedes Kind um 1000 M.

Bei der Berechnung des Einkommens ist das gesamte Einkommen sämtlicher Haushaltungsmitglieder ohne Berücksichtigung irgendwelcher Abzüge zugrunde zu legen.

Inhaber von verbilligten Karten, deren Einkommen, einschließlich desjenigen ihrer Familienangehörigen, die vorstehend als Höchstgrenze angeführten Einkommen übersteigt und die auf Grund dieser Aufforderung nicht ihre Karten abliefern, setzen sich strafrechtlicher Verfolgung aus.

Pirna, am 3. Januar 1922. [b 251

Der Rat der Stadt Pirna.

Bekanntmachung

der Allgem. Ortskrankenkasse für Kötzschenbroda und Nachbarorte.

Laut Gesetz über Versicherungspflicht, Versicherungsberechtigung und Grundlöhne in der Krankenversicherung vom 14. Dezember 1921 ist die Versicherungsgrenze auf 40000 M. festgelegt worden. Gemäß § 9 dieses Gesetzes hat der unterzeichnete Kassenvorstand die erforderliche Aenderung des Grundlohnes mit Wirkung vom 1. Januar 1922 an vorgenommen. Aus nachstehender Aufstellung sind die Lohnstufen und Wochenbeiträge für Krankenversicherung – gültig vom 1. Januar 1922 an – ersichtlich.

Lohnstufe	Grundlohn	Wochenbeitrag f. Krk.-Vers. M.	Lohnstufe	Grundlohn	Wochenbeitrag f. Krk.-Vers. M.
1	4	1.44	8	20	7.20
2	5	1.80	9	25	9.—
3	6	2.16	10	30	10.80
4	8	2.88	11	36	12.96
5	10	3.60	12	42	15.12
6	12	4.32	13	50	18.—
7	16	5.76	14	60	21.60

Die Arbeitgeber **haben** sonach für **alle** Beschäftigten die zur Zeit bestehenden Lohnbezüge zu melden.

Neu anzumelden sind auch diejenigen Angestellten, die wegen Ueberschreitung der Versicherungsgrenze – 15000 M. – aus der Versicherungspflicht ausgeschieden sind, da die Versicherungsgrenze für Pflichtmitglieder auf 40000 M. erhöht ist. Die Meldungen sind bis spätestens 10. Januar 1922 mit den an Kassenstelle erhältlichen Vordrucken zu bewirken. Die neuen Beitragsabzüge vom Lohn für Kranken- und Invalidenversicherung werden den Arbeitgebern auf den einzureichenden Vordrucken bekanntgegeben.

Unterlassungen haben Nachteile für Arbeitgeber und Versicherte zur Folge.

Kötzschenbroda, den 4. Januar 1922.

Der Kassenvorstand.
Krumbholz, Vorsitzender
[b 421

S. P. D. Dresden-A., Gruppe 5.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse
Otto Jauke, Metalldrücker
verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
Der Vorstand.
Die Einäscherung findet Freitag, mittags 12 Uhr, im Krematorium statt. [b 420

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Gatte, unser guter Vater, Groß- und Schwiegervater
Herr **Johannes Mathes,** Tischler
am 4. Januar 1½ Uhr nach langem Leiden sanft verschieden ist.
Plauen, Markusstr. 18, 2
Die tieftrauernde Gattin nebst Kindern und Angehörigen.
Die Einäscherung findet Sonnabend früh 9 Uhr im Krematorium statt. Kranzspenden dankend abgelehnt.

Werkmeister
für Schaum-, Gummi- und Fondant-Spezialfabrik in Dresden für sofort gesucht. Es kommen nur Herren mit langjähriger Erfahrung in Frage, die in der Lage sind, einen größeren Betrieb vorteilhaft zu leiten. Ausf. Ang. m. Gehaltsanspr., früh. Antrittstermin usw. unt. **K. L. 7 a. d. Exp. d. Bl.**

Metalldrücker
für größere Messingkörper in dauernde Beschäftigung sofort gesucht. [m 322
Fuhrmann & Drösler
Dresden-A. 21, Wittenberger Straße 91.

Sofort gesucht
Wickler
Dreher
Rundschleifer
Sachsenwerk
Niedersedlitz-Dresden [1736

Erster Bonbonkocher
mit Hochmalzware vertraut, der in der Lage ist, eine erstklassige Hochglanzware herzustellen, wird für sofort gesucht. Frankierte Angebote mit Gehaltsansprüchen, frühesten Eintrittstermin usw. unter **F. R. 23** an die Exped. dieses Blattes. [1446

Zum sofortigen Antritt suchen wir einige
jugendliche Arbeiterinnen
Kartona, Zigaretten-Kartonnagen-Fabrik
Dölzschen, Dresdner Straße 5. [1584

Tücht. [1627
Industriephotogr.
für Schwarz und Buntschwarzeizer, Negativ-Retuscheur, Nachtmaler und Kopierer für Papier sof. ges. Schriftl. Angebote an Rümmler & Jonas G. m. b. H., Blasewitzer Straße 27.

Geübte Malerinnen auf Metall-Nippsachen auch für Hausarbeit sofort gesucht. [1213
Walther Gethler
Augsburger Straße 66.

Zither. Kl. Mand.-Banner, erl. gradt. Fern. Schillerstr. 7.

Bodenmacher
Putzer, Polierer
sucht **H. Wolffram,** Pianofabr., Dtsch.-Gerdismstr. 32.

Die Volksschule als Einheitsschule
von Dr. Max Apel.
Preis 1 Mark.
Zu haben in der **Volksbuchhandlung.**

U.T Licht-Spiele
Die Schuld des Grafen Weronski
Großes Schauspiel in 4 Akten. Nach der Novelle **„Erste Liebe“** von **Turgenjeff.**
Für den Film bearbeitet von **Thomas Hall.**
In den Hauptrollen:
Carola Toelle Erich Kaiser-Titz
Adele Sandrock
[1365
Wochentags und Sonntags: 4, 6¼ und 8¼ Uhr.

Regina-Palast
Waisenhausstraße 22
5-Uhr-Tee
Abend-Konzert
Kapellmstr. Heinz Putsche mit 12 Künstlern
Restaurant ersten Ranges
[1583

Olympia-Theater Altmarkt
Lotte Neumann
in dem neuesten Lustspiel
Papa kann's nicht lassen!
Regie: **Erich Schönfelder.**
[a 265
John und Jonny.
Eine lustige Spitzbubengeschichte mit **Gerhard Dammann.**
Vorführungen: Wochentags 4, 5½, 7 und 8½ Uhr. Sonntags: 3, 4½, 6, 7½ und 9 Uhr

SARRASANI
Täglich 7.15 Uhr, Sonntags und Mittwochs auch 3 Uhr. Vorverkauf: Circuskasse, Telephon 23343, und Residenz-Kaufhaus (ohne Aufschlag). Vorverkauf bis Sonntag einschließlich Beginn heute. [a 68
KARLEYS
8 Schleuderbrettakrobaten
RONDATS
die große neue Luftattraktion
LOROS
eine wirklich urkomische Nummer
OLYMPIAS
die Grazien zu Pferde
RADOTZKY
mit seinen Wunderbären.
Der kleine Max. Der lange Emil. Die geheimnisvolle Kugel.

In keiner Wohnung fehle die Volkszeitung!

Ball-Anzeiger
für Freitag den 6. Januar:
Bürgergarten Lübecker Straße 16, Straßenbahn-Linien 7, 13, 22. Moderne Ballmusik.
Eldorado mit Tanz-Eck u. Wein-Abteil., Steinstr. Freitags 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Straßenbahnen 1, 5, 12, 18, 19, 21, 23
Reichshallen Palmstraße 18, nahe Postplatz. Tanzwarken
Watzkes Tanzpalast Leipziger Straße. Straßenbahnen 10 und 15. Erstklass. Verkehr

Schlüpfer
Ulster, Anzüge
Joppen und Militär-Mäntel, Hosen, Westen, neu u. wenig getrag., sowie Möbel, Betten preiswert zu verkaufen
Gr. Brüdergasse 9, 1.
Kunden von auswärts vergüte Fahrt. [1451

Jede Dame
kauft am vorteilhaftesten bei
Mäntel-Ulbricht
[a 451
Dresden-Neustadt
16 Heinrichstr. 16
Stoff-Mäntel, Kostüme, Blusen, Röcke usw. jetzt besonders billig.

Vorteilhafte Bezugsquelle
Spülapparate
Frauenbeschen, Bidets, Unterlagen, Bruchbänder, Binden, Verbandstoffe und alle sonstigen
Frauenartikel,
Dauerwäsche „Zelida“.
M. Thierfelder
Amalienstr. 28, 1.

H. Apels Marionettentheater
Trachau, Goldenes Lamm.
Donnerstag, 8 Uhr:
Kunz von Kaufungen
Freitag, Sonnabend, Sonntag, 8 Uhr
Der artesische Brunnen oder Eine Reise durch die Erde
Zauberposse mit Gesang, Tanz und Feuerwerk von Räder, in 7 Abteil. Lachen ohne Ende.
Sonntag, nachm. 2 und 4 Uhr:
Rumpelstilzchen. [b 1588

Aufruf
an die Schweizer Staatsangehörigen
im Konsularbezirk Dresden
(Kreishauptmannschaften Dresden und Bautzen).

Gemäß Artikel 45 des Konsularreglements haben sich alle in meinem Konsularbezirk ansässigen Schweizer Bürger in die Matrikelregister des Konsulats eintragen zu lassen. Alle Matrikelkarten für das Jahr 1921 ausgestellt sind umgehend zur Erneuerung einzusenden.

Die Kanzlei, Hohe Straße 33, Dresden-Altstadt, ist von 10–1 Uhr (ausgenommen Sonntags) geöffnet.

Dresden, den 3. Januar 1922.
Der Schweizerische Konsul.
A. Sutter.
[451]

Margarine billiger!
ff. frische Tafel- 1-Pfd.-□ **19.00**
Als Brotaufstrich, vorzüglich im Geschmack . . . . Pfund **21.00**
ff. Sahne . . . . Pfund **23.00**
Das Allerfeinste, wie beste Molkereibutter . . . . . Pfund **27.00**
Max Lehmann, Am See 11. [m 88

Pelzwaren
Reisemuster zu bedeutend ermäßigten Preisen
Pelzwarenhaus [a 585
Stöckel & Löbel
DRESDEN-A.
Schössergasse 2, II., Ecke Altmarkt

Sparkasse Cossebaude
Fortverzinsung der Einlagen mit 3½ %.

Frische Waldhasen
abgezogen und ohne Klein Pfund nur **16.00** Mark
[54]
F. Bäumert
An der Dreikönigskirche 3. Fernspr. 14 995

Hammelfleisch . Pfd. **14–15** M.
Gewiegtes . . . . Pfd. **16** M.
Rind- und Schweinefleisch zu billigsten Tagespreisen. [m 58
Schlösser, Schäferstraße 31.

Sie erreichen
auch durch ein kleines in der
Dresdner Volkszeitung
erscheinendes Inserat
Ihren Zweck

Lernt schneidern!
Wer selbst schneidert, spart enorm! Unsere beliebten „Kurse für Hausschneiderei“ beginn. fortl. Näh. umst.
Dresdner Hausfrau
Marienstr. 13.

Einkauf u. Tausch
von Musikinstrumenten
Friedr. Adam, Ziegelstr. 4. [a 48

Herrlurth's
Solinger Stahlwarenfabrik u. Dampfschleiferei
Nur: **Gr. Brüderg. 43**
a. d. Sophienkirche.

Rodel- u. Kinderschlitten, billig zu verk. Oppelstr. 19.

Ausschneiden!
HORAK
Schloßstr. 17, Freiberger Platz 18
Pillnitzer Str. 55, Hauptstr. 34
Alle Geschäfte jetzt geöffnet von 9–1 und 3–7 Uhr.
Strömt herbei, ihr Völkerscharen, bei mir gibt es noch billige Waren!
Weizenmehl garant. rein, 65–70 % ausgemahl., b. 1-10 Pfd. **4.20**
Haferflocken Krefs in Trumpf, Daten. b. 1-10 Pfd. **4.20**
Reis feinster Rang.-K. Vollreis b. 1-5 Pfd. **5.20** Speise-Reis b. 1-5 Pfd. **4.20**
Kakao feiner dunkler **26.00** **Kornkaffee 3.35**
Fste. Tafel-Margarine in 1-Pfd.-Würfeln **19.75**
Ferner empfehle ich mein reichhaltiges Lager in **Frisch** gerösteten Kaffees, Tee, Rosinen, Mandeln und andern **Kolonialwaren.** – Alles nur prima Qualitätswaren. [1365
Einkaufstaschen z. mitbring., kein Versand
Ausschneiden!

45 **Edelmetall-Einkaufszentrale** 45
von
Gold-, Silber-, Gebisse, Platin-
Ab**fällen** kauft täglich Grunaer Str. 45 **Beyer.**
Aelter Abf. f. Dentist. u. Händl. Arbeit laden.

Felle
Hasen-, Kanin-, Ziegen-, Schaf-, Kalb-, Rehfelle, Fuchs-, Marder-, Iltis- u. Maulwurfsfelle, Schafwolle u. Roßhaare
kauft [1373
von Händlern, Fleischern und Privat
Fell-Einkaufszentrale
Grunaer Str. 22, I.

Billige gebrauchte **Kontor- und Ladenmöbel**
gr. Auswahl. Tel. 21 702.
F. W. Kämpfe [1579
Kreuzstr. 23, Mittelstr. 15.

Gebr. Möbel
werden umgearbeitet u. modernisiert. **Holder,** Tischler, Wachsbleichstr. 19.

Gorbitz u. Umg.
Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung sowie sämtliche Parteiliteratur sow. Inserate für die Dresdner Volkszeitung nimmt entgegen
Kar Ehrig, Obergorbitz,
Wilsdruffer Str. 6 b.

Die Entwicklung d. Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
von Friedrich Engels.
Preis 2.50 M.
Volksbuchhandlung.

Herren-Damen-**Räder** billig zu verk. Oppelstr. 19, I.

Kennen Sie Deutschlands neue Grenze?
Diese Frage ist besonders wichtig für die Geschäftswelt beim Warenversand, bei Anbahnung neuer Verbindungen usw. Wir vermitteln Ihnen diese Kenntnis durch unsere
Karte von Deutschland 1 : 1400000
Plattengröße 78 × 100 cm, die wir zum äußerst billigen Preise von nur 8 statt 12 M. in beschränkter Anzahl abgeben. Die Karte ist in vielfarbigem Steindruck hergestellt und für jedermann nützlich und lehrreich. Wir bitten, umgehend zu bestellen. Bestellungen nehmen entgegen
die Volksbuchhandlung und ihre Filialen.

In der Privatklagsache des Dr. Gronau in Dresden, Privatklägers, gegen den Redakteur Willy Richter in Dresden, Angeklagten, wegen Beleidigung erschienen zur Hauptverhandlung über die von dem Privatkläger und dem Angeklagten eingelegte Berufung gegen das Urteil des Schöffengerichts zu Dresden vom 22. Mai 1921 der Privatkläger mit seinem Vertreter und der Angeklagte mit seinem Vertreter. Vor Eintritt in die Hauptverhandlung schlossen die Parteien folgenden Vergleich: Der Angeklagte Redakteur Willy Richter hat in dem von ihm veröffentlichten Artikel „Dunkle Ehrenmänner“ der Unabhängigen Volkszeitung zu Dresden in Nr. 304 vom 31. Dezember 1920 erklärt, daß der Privatkläger Dr. Gronau in Dresden zu den „dunklen Ehrenmännern“ und einer „Sorte“ Menschen gehöre, „die Maulwurfsarbeit leisten, daß er für die Orgesch vereinnahmte Gelder sich habe verkrümeln lassen, daß er versucht habe, durch Ehrenhändel eine Abrechnung dieser vereinnahmten Gelder hinauszuziehen oder zu umgehen“. Diese beleidigenden Aeußerungen, für deren Wahrheit der Angeklagte keinen Beweis erbringen kann, nimmt letzterer mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Die Kosten erster Instanz einschließlich der dem Privatkläger erwachsenen notwendigen Auslagen sowie die gerichtlichen Kosten zweiter Instanz übernimmt der Angeklagte. Die den Parteien in der zweiten Instanz erwachsenen notwendigen Auslagen werden gegenseitig nicht erstattet. [b 540

Ein Jahr sächsischer Politik

III

Die Arbeit des Justizministeriums wurde zu einem erheblichen Teil durch die Mitwirkung an den Entwürfen einer sehr großen Zahl von Reichs- und Landesgesetzen in Anspruch genommen. Unter anderem wurden einige gesetzgeberische Arbeiten erledigt, die der Entlastung des Ministeriums dienten, indem bisher ihm zugewiesene Geschäfte auf Gerichte übertragen wurden.

Hierher gehören der Entwurf des Gesetzes über die Zuständigkeit des Vormundschaftsgerichts für Volljährigkeitserklärungen und die Verordnung über die Zuständigkeit für Befreiungsbewilligungen bei der Annahme an Kindesstatt. Das Reichsgesetz zur Entlastung der Gerichte vom 11. März vorigen Jahres machte den Erlaß von Ausführungsverordnungen des Justizministeriums nötig. Durch sie wurden verschiedene bisher vom Richter selbst zu erledigende Geschäfte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten wie in Strafsachen auf den Gerichtsschreiber übertragen und damit nicht nur der Richter entlastet, sondern auch die Stellung der mittleren Justizbeamten dienstlich gehoben und selbständiger gemacht.

Um die tätige Mitwirkung aller Kreise der Bevölkerung bei der Rechtsprechung zu erleichtern, hat sich das Justizministerium für eine Erhöhung der Entschädigung für Schöffen und Geschworene bei der zuständigen Reichsinstanz eingesetzt. Es ist auch für eine Erhöhung der Zeugen- und Sachverständigengebühren eingetreten, über die demnächst im Reichsrat Beschluß gefaßt werden wird.

Nach Kriegsende ist auch der durch ihn unterbrochene Rechtshilfeverkehr mit ausländischen Staaten in stärkerem Umfange wieder aufgelebt. Eine ganze Reihe von Anordnungen des Justizministeriums wurde notwendig, um diesen Verkehr einheitlich und sachgemäß zu regeln.

Der Wohnungsbau, insbesondere die Errichtung von Kriegersiedlungen, ist wesentlich dadurch unterstützt worden, daß den Siedlern beim Siedlungswerk weitgehender Erlaß gerichtlicher Gebühren gewährt worden ist. Auch hat das Justizministerium in dem Bestreben, der Wohnungsnot in verschiedenen Gemeinden abzuhelfen, nicht unbedeutende Mittel aufgewendet, um durch Einbau neuer Wohnungen in Justizgebäuden oder durch Teilung alter Wohnungen neue Wohnräume zu schaffen. Besonders erwähnenswert ist, daß gegenwärtig ein neues Beamtenwohngebäude in Dresden errichtet wird. Selbstverständlich hat auch das Justizministerium strenge Anordnung erlassen, daß die Hoheitszeichen der früheren Staatsgewalt an und in den Dienstgebäuden der ihm unterstellten Behörden entfernt werden.

Auch die Mitwirkung bei der Besoldungsreform nahm das Justizministerium erheblich in Anspruch. Nicht minder geschah dies durch die Durchführung dieser Reform, die umfassende Aenderungen in der Stellenbesetzung und umfängliche Berechnungen der neu festzusetzenden Besoldungsdienstalter erforderten. Das Justizministerium hat auch regelmäßig mitgewirkt bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse der Angestellten und Arbeiter bei der sächsischen Staatsverwaltung. Eingewirkt wurde auf eine Verjüngung des Beamtenkörpers. Besonders bei der Zusammensetzung der Dienststrafgerichte für die Richter wurde diesem Gedanken Rechnung getragen.

Verbesserungen in der Ausbildung der juristischen und der Expeditionsbeamten ist besondere Aufmerksamkeit zugewendet worden. In Dresden, Leipzig und Chemnitz sind an die Gefangenanstalten jüngere Kriminalisten als Vertreter des Direktors abgeordnet worden, um den Strafvollzug handhaben und kennen zu lernen und um insbesondere für ihre richterliche und staatsanwaltschaftliche Tätigkeit eine eigene Anschauung von der Wirkung der Strafe und einen näheren Einblick in die Psyche der in Untersuchungshaft Genommenen zu gewinnen. In den Ausbildungskursen für Referendare sind neuerdings auch Vorträge über Strafvollzug durch die an die Gefangenanstalten abgeordneten Kriminalisten vorgesehen worden. Für die neueintretenden und die noch nicht drei Jahre im Aufsichtsdienst an den Gefangenanstalten tätigen Aufsichtsbeamten sind praktische und theoretische Ausbildungskurse eingerichtet worden.

Eine besondre Fülle von Arbeit erwuchs dem Justizministerium aus dem Begnadigungswesen. Im Jahre 1921 sind rund 46 000 Eingänge zu verzeichnen und etwa 48 000 Entschließungen zu fassen gewesen, die Gnadensachen betrafen. Wer die Verantwortlichkeit dieser Entschließungen und das bei sehr vielen von ihnen vorher zu erledigende umfängliche Aktenstudium in Rechnung zieht, kann würdigen, welche Arbeitsleistung gerade hier von den Beamten des Justizministeriums bewältigt worden ist. Insgesamt wurden 1921 etwa 5700 Bewährungsfristen und in 300 Fällen Aufschub der Strafverfolgung bewilligt. Von den 1254 Strafgefangenen, die vorzeitig in Freiheit gesetzt worden sind, geschah dies in 1206 Fällen durch Bewilligung von Bewährungsfristen für den Rest der Strafe, in 50 Fällen durch vorläufige Entlassung. Außerdem sind in schätzungsweise 5700 Fällen Freiheitsstrafen in Geldstrafen umgewandelt worden. Für diese Gnadenerweise ist zum Teil auch die Tatsache maßgebend gewesen, daß das inzwischen verkündete Reichsgesetz in Vorbereitung war, das die vierzigen Freiheitsstrafen möglichst beseitigen will. Die Gnadenerweisungen haben daher vielfach den Zweck gehabt, auch solchen die Wohltat dieses Gesetzes zuteil werden zu lassen, deren Verurteilung in die Zeit vor seiner Geltung fiel.

Eingehend hat sich das Justizministerium mit der Frage eines humaneren Strafvollzugs beschäftigt, deren Prüfung zur Zeit noch nicht abgeschlossen ist. Erleichterungen der Haft sind in den kleineren Gefangenanstalten bereits ausgeprobt worden. Die damit gemachten Erfahrungen waren günstig. Eine allgemeine Einführung dieser Hafterleichterungen ist daraufhin in die Wege geleitet worden. Auch im Arbeitswesen der Strafgefangenen sind grundsätzliche Neuerungen im Gange.

Die Vorarbeiten für das neue Strafgesetzbuch haben das Justizministerium lebhaft beschäftigt, das dabei nicht außer acht läßt, den Anforderungen der neuen Zeit rechtzeitig an seinem Teile Geltung zu verschaffen. Ein kleiner Ausschnitt des Neugeplanten ist unmittelbar vor Jahresschluß in Gestalt des Gesetzes zur Erweiterung des Anwendungsgebietes der Geldstrafen und zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen bereits verwirklicht worden. Für einen weiteren Ausschnitt, die strafrechtliche Behandlung Jugendlicher betreffend, ist die gesetzgeberische Regelung für die allernächste Zeit zu erwarten.

Sächsische Angelegenheiten

Kommunisten für den Eintritt in die Regierung

In einer von Ernst Friesland zur Information der kommunistischen Parteigenossen verfaßten Broschüre: Zur Krise unsrer Partei findet sich neben einem Einführungsartikel des Verfassers außerordentlich interessantes Material zur Beurteilung der Stimmungen und Strömungen in der Kommunistischen Partei. Vor allem verdient ein Protokoll der Sitzung des Polbureaus (anscheinend des Politischen Bureaus der K. P. D.) vom 12. Dezember Beachtung, das in der Fassung der Zentrale wiedergegeben wird. Es handelt sich um ein richtiges Scherbengericht, das von diesem Polbureau gegen den Ketzer Friesland veranstaltet wurde und das mit dem Beschluß endete, Friesland nach Rußland zu schicken, wo er sich nach der Aeußerung des Ketzerrichters Walcher eine kalte Dusche holen soll. Uns interessiert in der Veröffentlichung besonders eine Stelle, die die Wandlungen und Strömungen in den Kreisen der Kommunisten Sachsens beleuchtet. In der Sitzung führte nämlich Friesland u. a. aus:

„In Sachsen und Thüringen werden z. B. innerhalb der K. P. D. Stimmen laut, wir sollen in die Landesregierungen hineingehen, denn wir tragen sowieso die Verantwortung für die Regierungspolitik, können aber schlecht auf sie einwirken, wenn wir außerhalb der Regierung stehen, und wir müssen deshalb den Regierungen beitreten. Gleichzeitig gibt es Parteigenossen, die sich natürlich stark dagegen wehren."

Man hat also schon ernsthaft den Gedanken erwogen, ob man sich an der Regierung in Sachsen und Thüringen beteiligen soll. Diese Tatsache allein kennzeichnet die grundstürzende Wandlung, die sich in der kommunistischen Partei seit einiger Zeit vollzieht.

Ein bezeichnendes Strafverfahren

Die Frankfurter Zeitung veröffentlicht folgendes:

„Der Rechtsausschuß des Reichstages hat kürzlich einen Antrag auf Genehmigung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Brodauf wegen Beleidigung abgelehnt. Das entspricht der allgemeinen parlamentarischen Uebung und insoweit bietet der Vorgang nichts Besonderes. Der Fall selbst aber ist merkwürdig genug, und es verdient allgemein bekannt zu werden, daß eine solche Strafverfolgung überhaupt eingeleitet worden ist. Der Sachverhalt ist folgender:

Brodauf hatte in einem Schriftwechsel über die vom Finanzamt vorgenommene Erhöhung eines Postens auf das 15fache in seiner Erklärung zum Reichsnotopfer diese Erhöhung als „entweder grob leichtfertig oder kraß willkürlich" bezeichnet, auch bemerkt, er sei überzeugt, daß er diese Behandlung nicht erfahren würde, wenn er nicht zu den Demokraten, sondern zu den „nationalen" Gegnern der heutigen Staatsordnung gehörte. Aus den dem Reichstage vorliegenden Akten geht hervor, daß die Einschätzung Brodaufs nicht von einem unmittelbaren Beamten des Finanzamtes, sondern von einer Hilfskraft vorgenommen ist, dem Chemnitzer Oberamtsrichter Thorn, einem der vier Chemnitzer Richter, die, wie seinerzeit in der Presse berichtet wurde, im Februar 1918 beim Sächsischen Richterverein den Antrag stellten, den Abgeordneten Brodauf wegen seines Auftretens im sächsischen Landtag aus dem Richterverein auszuschließen. Es war in diesem Antrag von den „verkehrten politischen Anschauungen" Brodaufs — dieser gehörte der Fortschrittlichen Volkspartei an — und davon die Rede, daß Brodauf sogar Verstöße der Sozialdemokratie gegen die Regierung unterstütze. Jetzt hat nun das Landesfinanzamt Leipzig der Deutschen Republik gegen Brodauf Strafantrag wegen Beleidigung des Oberamtsrichters Thorn als des Beamten gestellt, der die Einschätzung vorgenommen hat, und die Staatsanwaltschaft Chemnitz des Freistaates Sachsen hat die Strafverfolgung im öffentlichen Interesse übernommen.

Der Strafantrag ist hier also gestellt und die Strafverfolgung von der Staatsanwaltschaft übernommen worden, ohne daß vorher eine Prüfung der Sache selbst stattgefunden hat. Das erste hätte doch sein müssen, festzustellen, ob Abgeordneter Brodauf, der als richterlicher Beamter — er ist Landgerichtsdirektor in Chemnitz — wissen dürfte, was Rechtens ist, in seiner sachlichen Beschwerde im Recht ist. War das der Fall, dann waren seine Ausdrücke über die ihm widerfahrene Behandlung begreiflich und niemand würde verstehen, daß deshalb „im öffentlichen Interesse" die Staatsanwaltschaft gegen ihn vorgeht. Die Staatsanwaltschaften, obgleich doch Verwaltungsorgane, scheinen sich auch im sozialdemokratisch-unabhängig regierten Sachsen absoluter Machtvollkommenheit zu erfreuen."

Die Machtvollkommenheit der Staatsanwälte wird einen kräftigen Dämpfer erfahren müssen, denn sie äußert sich nicht selten. Meist wird nichts davon bekannt, so daß ein Einschreiten nicht möglich ist. Der vorliegende Fall wird dem sächsischen Justizminister Veranlassung geben, gründlich nach dem Rechten zu sehen und dem Staatsanwalt begreiflich zu machen, daß wir keinerlei Veranlassung zur Zeitverschwendung haben.

Sächsischer Verkehrsverbandstag

Kommenden Sonntag wird in Leipzig der diesjährige Verbandstag des Sächsischen Verkehrsverbandes abgehalten. Der Nachfolger Wundts, Universitätsprofessor Dr. Felix Krüger, wird einen Vortrag über „Ethik des Verkehrs" halten. Die Tagung ist besonders wichtig, weil Satzungsänderungen vorgesehen sind, die sich durch die vom Reichsverkehrsministerium angeregte Neuorganisation des Bundes Deutscher Verkehrsvereine und der Reichszentrale für Deutsche Verkehrswerbung notwendig gemacht haben. Danach wird der Sächsische Verkehrsverband künftig allein die Vertretung der Interessen der sächsischen Verkehrsverbraucher in Händen haben.

Gebührenerhöhung für die Fleischbeschau

In dem am 31. Dezember ausgegebenen 32. Stück des Sächsischen Gesetzblattes befindet sich eine Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 22. Dezember 1921, die die Gebühren in Angelegenheiten der Schlachtvieh- und Fleischbeschau neu regelt. Dabei werden die Sätze der Gebührenordnung vom 17. Januar 1921 um 50 bis 100 Prozent erhöht. Einzelheiten der Gebührenerhöhung, die am 2. Januar 1922 in Kraft getreten ist, sind aus der genannten Verordnung ersichtlich.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Ein junger Mann aus Gehrsdorf i. V., dem der Sturm den Hut vom Kopfe gerissen und in einen Garten getrieben hatte, wurde vom Besitzer des Gartens in den Unterleib geschossen und lebensgefährlich verletzt. Der Besitzer hatte den jungen Mann für einen Einbrecher gehalten. — Bei der Holzversteigerung im Frankenberger Stadtforst wurden die zur Papierherstellung geeigneten Stämme mit 600 bis 700 M. pro Festmeter bezahlt. Vor wenigen Wochen betrug der Preis noch 200 M. — Der Rat der Stadt Leipzig hat die Errichtung eines Messeturmes am Fleischerplatz gegenüber dem Alten Theater, wo jetzt das auch jedem Fremden bekannte Hahnemann-Denkmal steht, in Aussicht genommen. Wenn die bedeutenden Kosten für die sich nötig machende völlige Verlegung der angrenzenden Straßen und der Anlagen von den Unternehmern getragen und wenn die Mittel sichergestellt werden, die zur Errichtung des Bauwerkes nötig sind, soll das Gelände auf 99 Jahre in Erbpacht gegen einen angemessenen Erbpachtzins überlassen werden. — Aus den Flußgebieten der Mandau und der Pöhla wird Hochwasser gemeldet. Die Flüsse sind ganz beträchtlich angeschwollen und stellenweise schon über ihre Ufer getreten.

Druckfehlerberichtigung. In dem Artikel: Die hohen Milchpreise, in der Dresdner Volkszeitung vom 31. Dezember 1921, muß es in der letzten Zeile des zweiten Absatzes heißen: Provinz Sachsen 3,80 M. (nicht 3,10 M.).

Ein Reisender aus Altruria

1

Von Wm. D. Howells

Mit Bewilligung des Verfassers deutsch von Adolf Hepner

Wm. D. Howells (sprich Hau-ells), der vor anderthalb Jahren im Alter von 81 Jahren verstorbene bedeutendste amerikanische Belletrist seiner Zeit, dessen sämtliche Schriften durch gemütvollen, feinen Humor sich auszeichnen, veröffentlichte die (der Bellamyschen durchaus unähnliche) sozialistische Utopie „A Traveler from Altruria" (Ein Reisender aus Altruria) 1894.

„Altruria" ist das Land sozialistischer Sehnsucht, in welchem der „Altruismus" (vom lateinischen „alter" — der andre — „Jeder für die andern") der herrschende Geist ist.

Vor dem Weltkrieg erbat und erhielt ich vom Verfasser die Erlaubnis, das Buch im Interesse des deutschen Sozialismus zu übersetzen.

Zum besseren Verständnis der (zunächst für amerikanische Leser geschriebenen) Erzählung habe ich ihr einige erklärende Fußnoten beigefügt. Und aus dem letzten Abschnitt (12) ließ ich zwei Seiten weg, die eine (Amerikanern zwar genehme), aber für aufgeklärte, deutsche Sozialisten überflüssige, weil mystische Darstellung des religiösen Glaubensbekenntnisses der „Altrurier" („Gott, Unsterblichkeit und Wiedersehen nach dem Tode") enthalten.

Adolf Hepner.

Ich gestehe: Obwohl die Neugier, einen Altrurier kennen zu lernen, mich mächtig packte, war ich keineswegs gastfreundlich gestimmt, als die Ankunft des Reisenden — der während meines Aufenthalts in der Sommerfrische, unweit Bostons, von einem meiner fremdländischen literarischen Freunde sehr angelegentlich an mich empfohlen worden war — unmittelbar bevorstand. Nicht etwa, daß es mit Umständlichkeiten für mich verknüpft war, den Fremden in meinem Hotel unterzubringen; ich brauchte nur ein Zimmer für ihn zu belegen und dem Buchhalter zu sagen: „Wenn mein Gast den Versuch macht, irgendetwas zu bezahlen, so erklären Sie ihm, daß sein Geld nichts taugt."

Ich hatte mir aber im Geiste die Skizze zu dieser Erzählung bereits entworfen, und ihre Gestalten umstanden mich fortwährend; gern verweilte ich bei ihnen und ihren Geschehnissen, und es erschien mir unmöglich, meinen Gast in ihrem Kreis zu bewillkommnen, noch weniger mochte ich sie seinetwegen aufgeben. Und doch, als er eintraf und ausstieg und ich seine Hand ergriff, fand ich es minder schwierig, als ich erwartet hatte, ihm zu sagen, daß ich mich freue, ihn begrüßen zu können. Ich hatte nicht die geringste Mühe, den mir bis dahin Unbekannten herauszuerkennen, denn er machte einen ganz andern Eindruck, als alle die Amerikaner, die mit ihm den Zug verließen und, infolge ihrer Arbeitslast und Arbeitshast, gleichmäßig nervös aussahen. Er war kein junger Mann mehr, sondern stand in der Periode des Lebens, wo unsre Landsleute in dem Bemühen, für ihre Zukunft zu sorgen, so völlig aufgehen, daß sie für die Gegenwart gar nicht vorhanden zu sein scheinen. Des Altruriers ganze Haltung und besonders sein ruhiges, sanftes Auge brachte es im vollsten Sinne des Wortes zum Ausdruck, daß dieser Mann in und mit seiner Zeit lebte, und zwar mit einer Gemütlichkeit von unerreichbaren Grenzen. Ich mag mich hier in ziemlich phantastischen Ausdrücken bewegen; ich versichere aber, daß in seinen Augen etwas lag, das mich hierzu nötigt. Er war von etwas mehr als mittelgroßer Figur, eine kraftvolle Erscheinung; das Gesicht, soweit nicht bebärtet, sonnen- oder meergebräunt. Aus meines Freundes Brief wußte ich, daß mein Gast ein Mann der Wissenschaft und in seinem Heimatland sehr geachtet war; ich hätte in ihm niemals einen Gelehrten vermutet: so wenig erschien er mir „von des Gedankens Blässe angekränkelt". Als er die bei meinem zaghaften Willkommen dargereichte Hand nahm, tat er einen Griff, der mich sogleich zum Entschlusse brachte, unsre täglichen Begrüßungen auf etwas weniger Muskulöses zu beschränken.

„Gestatten Sie mir Ihre Reisetasche," sagte ich, wie es üblich ist, wenn wir jemand an der Bahn erwarten; sogleich übertrug er mir eine ziemlich schwere Handtasche — und seine Augen leuchteten so gütig, als wenn das die denkbar größte Gefälligkeit gewesen wäre, die er mir erwies.

„Haben Sie Gepäckscheine?" fragte ich. „Ja", erwiderte er — in sehr gutem Englisch, aber mit einer mir neuen Betonung — „ich habe zwei gekauft!" Er gab sie mir, und ich reichte sie unserm Hoteldiener, der mit seinem Gepäckwagen vor dem Bahnhof wartete. Dann schlug ich dem Gaste vor, daß wir uns zu Fuß in das nur eine (englische) Viertelmeile entfernte Hotel über die Wiese begäben. Kaum hatten wir einige Schritte getan, hielt er plötzlich an und schaute nach rückwärts. „Sie brauchen wegen Ihrer Koffer nicht besorgt zu sein!" sagte ich, „der Hoteldiener bringt sie schon zu rechter Zeit; sie werden früher in Ihrem Zimmer sein als Sie selbst."

„Aber er schleppt sie ganz allein zum Wagen," sagte der Altrurier.

„Jawohl; so geschieht es immer; er ist ein starker junger Kerl; er weiß schon, wie er anzufassen hat; Sie brauchen sich nicht zu sorgen brauche, nicht vollenden, sondern eilte zum Bahnhof zurück, und ich mußte zu meinem tiefsten Verdruß mit ansehen, wie er jeden Koffer an einer Ecke ansaßte und in den Wagen stoßen half; leichtere Gepäckstücke besorgte er allein in den Wagen, und er ruhte nicht eher, bis alles vom Zuge ausgeladene Gepäck mit seiner Hilfe im Wagen geborgen war.

Ich stand mit seiner Handtasche da, unfähig, sie niederzulegen; so verwirrt war ich über die exzentrische Leistung meines Gastes, deren Zeugen all die mit dem Zuge angekommenen Leute sowie die sie erwartenden Freunde aus dem Hotel gewesen waren. Einige von ihnen fuhren in der Vallho-Kutsche an mir vorüber, und eine Dame aus meinem Hotel, die ihren (zum üblichen Sonntagsaufenthalt gekommenen) Gatten abholte und sich in vorzüglicher Laune befand, rief mir lustig zu: „Ihr Freund scheint sehr gern zu turnen." „Ja," antwortete ich trocken; eine fulminante Antwort hätte mich aus der Verlegenheit gerissen, stellte sich aber nicht ein.

Der Altrurier kehrte, heiter lächelnd, zu mir zurück; er schien keine Ahnung zu haben, welch unangenehmen Streich er mir gespielt; doch als ich ihn ansah, vermochte ich nicht mehr ärgerlich über ihn zu sein.

„Wissen Sie," sagte er, „mir kam es vor, der gute Kerl schämte sich, daß ich ihm half. Ich hoffe, es wird ihm bei Ihren Leuten nicht schaden. Ich hätte daran denken sollen."

„Wir können es schon mit ihm in Ordnung bringen," erwiderte ich; „vermutlich fühlte er sich nicht entehrt, sondern war nur überrascht. Wir müssen uns jedoch jetzt ein wenig beeilen, mein Freund; Ihr Zug hat sich um eine halbe Stunde verspätet; wenn wir nicht ziemlich pünktlich im Hotel eintreffen, sieht es um unser Abendessen minder gut."

„Wirklich?" sagte der Altrurier; „warum?"

„Nun, Sie wissen doch, wer zuerst kommt, mahlt zuerst; das liegt in der Menschennatur."

„Wirklich?", kam es von seiner Seite; dabei schaute er mich an, als meinte er, ich hätte einen Witz gemacht und wollte auf den ersten einen zweiten zum besten geben.

„Gewiß ist es so," replizierte ich; schnell aber fügte ich hinzu: „Außerdem möchte ich Zeit gewinnen, um Ihnen nach dem Abendessen etwas von unsern landschaftlichen Schönheiten zu zeigen; ich denke, Sie werden Freude daran haben."

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220105/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Stadt-Chronik

Die Ausgestaltung des Straßenbahnnetzes

Ueber die sogenannte kleine Linienvorlage, von der schon wiederholt die Rede gewesen ist, machte am Mittwoch in einer Pressebesprechung im Neuen Rathause der Dezernent des Straßenbahnwesens, Stadtrat Köppen, nähere Mitteilungen. Danach hatte die Straßenbahnverwaltung im Jahre 1914 Vorschläge über Erweiterungen und Aenderungen des bestehenden Liniennetzes bearbeitet. Diese Vorlage umfaßte eine große Anzahl von neuen Linien und Linienverlegungen, deren Gesamtkostenaufwand für Gleis- und Wagenbauten im Jahre 1914 mit etwa 2,6 Millionen Mark veranschlagt war. Nach den jetzigen Preisen würde für diese Ausführungen mit einem Aufwande zu rechnen sein, der das Zwanzig- bis Fünfundzwanzigfache, also 50 bis 60 Millionen Mark betragen könnte. Infolge des Krieges wurde die Linienvorlage zunächst zurückgestellt und erst im Jahre 1920 erneut bearbeitet. Durch die inzwischen eingetretene gewaltige Verteuerung aller Löhne und Baustoffe ergaben sich aber für die Durchführung der Vorschläge so große Aufwände, daß nach eingehender Beratung sowohl der Straßenbahnausschuß als auch der Gesamtrat im Mai/Juni 1920 beschlossen haben, die Vorlage auch weiterhin ruhen zu lassen.

Von der Straßenbahndirektion wurde aber die Angelegenheit erneut aus folgenden Gründen aufgegriffen: in der erwähnten Vorlage der Straßenbahn vom Jahre 1914 war neben einer Anzahl von neuen Linien und Linienveränderungen, die hohe Baukosten erfordern auch eine Reihe von Linienänderungen und Verkehrsverbindungen vorgesehen, die keine oder nur verhältnismäßig geringe Baukosten bedingen, die aber wichtige Verkehrsverbesserungen bringen. Außerdem entsprechen sie zum Teil alten, vielfach geäußerten Wünschen der Bevölkerung und lassen sich, was besonders in die Wagschale fällt, ohne Steigerung der Betriebsleistung durchführen. In diesem Sinne ist die frühere Vorlage nochmals umgearbeitet worden und das Ergebnis sind die nachstehend aufgeführten Vorschläge. Von den neuen Verkehrsverbindungen, die für weite Kreise der einheimischen Bevölkerung zweifellos von besonderer Bedeutung sind, wird erhofft, daß sie den Anreiz zur Benutzung der Straßenbahn erneut beleben und eine Zunahme der Fahrgäste sowie eine Erhöhung der Einnahmen mit sich bringen werden. Während sie anderseits durch Zusammenlegung gewisser Strecken eine beachtliche Ersparnis an Ausgaben durch Vermeidung unnötiger Betriebsleistung erhoffen lassen.

Von den vorgeschlagenen Aenderungen sind die wichtigsten:

1. **Verlängerung der Linie 3: Neustädter Bahnhof—Barbarossaplatz** vom Barbarossaplatz bis zum jetzigen Endpunkt der Linie 22 in der Altenberger Straße.

2. **Verbindung der Linie 4: Neustädter Bahnhof—Schnorrstraße—Neustädter Bahnhof mit der Linie 10: Vorstadt Nebigau-Vorstadt Mickten—Postplatz.** Von der seit 29. Juli 1920 aufgelassenen Ringlinie 4 soll die verkehrsreichere Westhälfte wieder aufgenommen und mit der Linie 10 zu einer durchgehenden Linie: Schnorrstraße—Postplatz—Friedrich-August-Brücke—Vorstadt Mickten—Vorstadt Nebigau verbunden werden.

3. **Aufteilung der Linie 6: Wilder Mann—Bergkeller—Vorstadt Räcknitz** in zwei Linien: a) Wilder Mann—Vorstadt Räcknitz (wie bisher), b) Wilder Mann—Hauptbahnhof (Bismarckplatz). Die Linie gabelt sich also hinter der Hohen Brücke. Der eine Ast führt, wie bisher, nach Räcknitz, der andre Ast durch die Bismarckstraße nach dem Hauptbahnhof.

4. **Verschmelzung der 3 Linien:**

9: Waldschlößchen—Vorstadt Leubnitz-Neuostra/Vorstadt Reick.

11: Neustädter Bahnhof—Bühlau—Weißig und

16: Grenadierkaserne—Nürnberger Straße

zu den 2 Linien:

9: Grenadierkaserne—Leubnitz-Neuostra/Vorstadt Reick und

11: Weißig—Bühlau—Albertplatz—Schloßplatz—Georgplatz—Hauptbahnhof—Vorstadt Plauen (Bernhardtstraße).

5. **Auflösung der Linie 23: Bergmannstraße—Postplatz—Hauptbahnhof—Pfotenhauerstraße** in 3 einzelne neue Linien, und zwar:

a) Gottleubaer Straße—Amalienplatz—Neustädter Bahnhof—Vorstadt Mickten (über Coraloßbrücke),

b) Bergmannstraße—Fürstenplatz—Stübelplatz—Hauptbahnhof—Reichsplatz—Nürnberger Straße,

c) Kronprinzenstraße — Postplatz — Amalienplatz — Sachsenplatz—Fürstenstraße (Pfotenhauerstraße).

Die Linie b soll später nach Neubau der Rossener Brücke bis nach Löbtau durchgeführt werden, um diesem stark bevölkerten Stadtteil die längst gewünschte unmittelbare Verbindung nach dem Hauptbahnhof zu sichern.

6. **Verlängerung der Linie 18: Theaterplatz—Leschwitz—Pillnitz** vom Theaterplatz bis zum Postplatz. Standgleis am Zwinger.

Die Vorschläge sollen alsbald nach erfolgter Genehmigung durch die städtischen Körperschaften durchgeführt werden.

Ein besonderer Vorzug dieser kleinen Vorlage ist der, daß sie, wie besonders hervorgehoben wurde, nicht eine Vermehrung, sondern sogar eine Ersparnis an Wagen-Kilometerleistungen bringt. Die Vorlage stellt sich als ein Versuch dar, mit möglichst geringen Mitteln recht viele Verkehrswünsche der Bevölkerung zu befriedigen. Ein Hauptaugenmerk ist darauf verwendet worden, die Vororte mit dem Hauptbahnhof direkt zu verbinden. Die Wünsche, Coschütz und Gorbitz an das Straßenbahnnetz anzuschließen, haben sich noch nicht verwirklichen lassen, weil es vorläufig noch an der Wirtschaftlichkeit solcher Außenstrecken fehlt. Dagegen wird in absehbarer Zeit die Linie 12 über Seidnitz hinaus bis nach Dobritz und vielleicht sogar bis Leuben verlängert werden. Geplant sind auch gewisse Veränderungen mit den Vorortlinien Laubegast—Leuben und Leuben—Niederseblitz.

Auf eine Anfrage teilte Stadtrat Köppen noch mit, daß zur Zeit Erwägungen über neue Tariferhöhungen nicht vorgenommen werden. Ob sich solche nötig machen werden, hängt ganz davon ab, ob durch weitere Lohn- und Gehaltserhöhungen abermals hohe Anforderungen an die Straßenbahn gestellt werden.

Ein gemischt-wirtschaftlicher Bergwerksbetrieb

Das Braunkohlenwerk Bergdorf auf dem Eigen

Die Bergdorfer Kohlenfelder sind von der Stadtgemeinde ursprünglich zu dem Zwecke erworben worden, um in der Nähe des Kohlenvorkommens ein Elektrizitäts-Großkraftwerk zur Fernversorgung Dresdens und des übrigen mittleren und östlichen Sachsens zu errichten. Die Stadt erwarb in Schönau und Bergdorf einen geschlossenen Besitz von ungefähr 700 Hektar mit 100 Millionen Tonnen oder rund 1½ Milliarde Hektolitern gewinnbaren Kohleninhalt mit Oberirdischem und Unterirdischem einschließlich der bestehenden Grube nebst Dampfziegelei für rund 8½ Millionen Mark.

Die ursprüngliche Absicht konnte aber nicht verwirklicht werden, weil der sächsische Staat die Elektrizitätsversorgung des Landes zur Staatsaufgabe erklärte, das Elektrizitätswerk Hirschfelde nebst den dortigen Braunkohlengruben erwarb und Dresden mit Hirschfelde durch eine 100 000-Voltleitung verband. Dessenungeachtet behielt für die Stadt der in Bergdorf erworbene Besitz seinen hohen wirtschaftlichen Wert. Als der Staat das Recht am Kohlenunterirdischen dem Grundstückseigentümer entzog und nur den bereits vor dem 18. Oktober 1916 im Betriebe befindlichen Kohlengruben das Kohlenbergbaurecht an ihren Grubenfeldern beließ, blieb der Bergdorfer Besitz als Grubenfeld des miterworbenen Tiefbaues vom staatlichen Kohlenregal ausgenommen.

Im Mai 1917 übernahm die Stadt den Betrieb in eigene Regie. Unter dem Drucke der Kohlennot wurde die Förderung von 10 000 Tonnen auf 70 000 Tonnen jährlich gesteigert. Bis zum 30. September 1921 hatte die Stadt in Bergdorf rund 11,5 Millionen Mark einschließlich der ursprünglichen Erwerbskosten investiert. Seit einiger Zeit haben Industrie und Hausbrand in der Aufnahmefähigkeit für Rohbraunkohle stark nachgelassen und es findet nur noch abgesiebte Rohbraunkohle einigermaßen sicheren Absatz. Deshalb mußte sich die Stadt die Frage vorlegen, ob sie bei der Höhe des Kapitalaufwandes und des Risikos, das Bergdorfer Unternehmen allein weiter betreiben solle. In Erwägung der gesamten finanziellen Lage der Stadt mußte man zu dem Entschlusse kommen, das Unternehmen auf eine breitere Basis zu stellen. Diesen Erwägungen kam ein Angebot der Deutschen Petroleum-Aktiengesellschaft, einer Tochter-Gesellschaft der Deutschen Bank, entgegen. Das inzwischen von Rat und Stadtverordneten genehmigte Abkommen mit der Deutschen Petroleum-Aktiengesellschaft geht dahin, daß Bergdorf an eine von der Deutschen Petroleum-Aktiengesellschaft bzw. der Deutschen Bank nahestehenden Seite gegründete Gesellschaft, die Deutsche Bergbau-Aktiengesellschaft übergeht.

Die neue Gesellschaft erstattet der Stadt in bar die bisher investierten Kapitalien und gewährt ihr eine Aktienbeteiligung, die der Stadt dauernden Einfluß auf die Ausgestaltung des Unternehmens sichert, und auf dem Wege der Option und des Verkaufsrechtes an den Aktienbesitz der Mitgesellschafter, bei Kapitalerhöhung durch Bezugsrechte auf junge Aktien erhöht werden kann. Den Gegenwert für das Kohlerunterirdische erhält die Stadt durch eine laufende Abgabe von der jeweiligen Fördermenge. Die Deutsche Bergbau-Aktiengesellschaft hat die Absicht, mit aller Beschleunigung einen großen Tagbau aufzuschließen und die Förderung und Verwertung der Kohle in großem Maßstabe aufzunehmen. Auch das Finanzministerium zeigte Interesse an den Bergdorfer Kohlenfeldern, ohne indessen der Stadt ein Angebot zu machen. Die Stadt hat ihm deshalb durch Vereinbarung mit der Deutschen Petroleum-Aktiengesellschaft die Möglichkeit gesichert, sich an der Deutschen Bergbau-Aktiengesellschaft zu beteiligen.

Die Grippe in Dresden ist leider immer noch im Zunehmen begriffen. Die Ortskrankenkasse verzeichnet schon seit den Tagen nach dem Weihnachtsfeste viele Erkrankungen an Grippe und Influenza. Besonders stark gehen die Krankmeldungen aber seit dem vorigen Montag ein, und zwar nicht nur für die vorgenannten Seuchen, sondern auch für andre Krankheiten. Die Sprechzimmer der Aerzte sind fast alle überfüllt. Leider ist die Witterung so unbeständig, daß Katarrhe aller Art viel geeigneten Boden finden. Im allgemeinen verläuft die Grippe immer noch gutartig, obwohl auch die Zahl der Sterbefälle, der Steigerung der Krankheitsfälle entsprechend, zugenommen hat. — Die Grippeepidemie nimmt im rheinisch-westfälischen Industriegebiet immer größeren Umfang an. In Düsseldorf sind die Krankenhäuser überfüllt. Es sind bereits Todesfälle in größerer Zahl vorgekommen. — In Schlesien macht die Grippe in beträchtlichem Maße Fortschritte. Die Erkrankungsfälle bewegen sich in den letzten Wochen in stark aufsteigender Linie.

Mitteilungen aus der Gesamtratssitzung. Zu der Entschließung der Stadtverordneten über die Streichung der in den Haushaltplan 1921 eingestellten Mittel für kirchliche und religiöse Zwecke wird beschlossen, die Stadtverordneten um nochmalige Prüfung der Rechtsfrage zu ersuchen. — Die dem Ausschuß für Ferienwanderungen des Deutschen Vereins für Volkshygiene auf das Jahr 1921 gewährte Beihilfe von 6000 M. wird auf 9000 M. erhöht. — Zur Deckung der beim Erweiterungsbau der 67. Volksschule im Stadtteil Dobritz eingetretenen Ueberschreitung der Bausumme werden 600 000 M. zu Lasten des Schulhausfonds unter Vorbehalt der Zustimmung des Schulausschusses nachbewilligt.

Die neuen Fraktionsführer im Stadtverordnetenkollegium. Die Wahlen der Fraktionsführer des neuen Stadtverordnetenkollegiums sind jetzt sämtlich vollzogen worden. Gewählt wurden von den Demokraten Stadtverordneter Eichler, von der Deutschen Volkspartei Vizevorsteher Hofrat Holst, von den Deutschnationalen Stadtverordneter Rechtsanwalt Kohlmann, von den Mehrheitssozialisten Stadtverordneter Geschäftsführer Elsner, von den Unabhängigen Stadtverordneter Lagerhalter Walther und von den Kommunisten Stadtverordneter Lehrer Schrapel.

Gewährung einmaliger Beschaffungsbeihilfen an Angehörige von Kriegsgefangenen. Nach den vom Reichsminister erlassenen Bestimmungen können den bedürftigen Angehörigen der am 1. Dezember 1921 noch nicht heimgekehrten oder der unmittelbar nach der Heimkehr in Versorgungslazarette aufgenommenen und am 1. Dezember 1921 noch darin befindlichen Kriegsgefangenen einmalige Beschaffungsbeihilfen (Weihnachtsspenden) gewährt werden, und zwar nach Maßgabe der darüber aufgestellten Richtlinien für Erwachsene bis zum Betrage von 500 M. und für Kinder bis zum Betrage von je 300 M. Für die Höhe des Betrages ist im einzelnen Unterstützungsfalle der Grad der im Herbst 1921 vorhandenen Bedürftigkeit maßgebend. Als Kriegsgefangene sind außer den in Frankreich zurückgehaltenen die noch in Rußland (Sibirien) befindlichen Kriegsteilnehmer anzusehen, von denen seit 1. Januar 1919 noch Lebenszeichen eingetroffen sind. Anträge auf die Beihilfen werden angenommen im Neuen Rathaus, 4. Stock, Zimmer 434, bis längstens 31. März 1922.

Der Bezirksausschuß Dresden-Neustadt behandelte in seiner Sitzung am Mittwoch unter Vorsitz des Regierungsrats Dr. v. Haase die Einstellung der Kriegswohlfahrtspflege. Dr. v. Haase stellte fest, daß zuletzt nur noch an wenige Sozialrentner kleine Restleistungen erfolgt sind. Gemäß dem Vorschlage von Kamp, Bodorf, beschloß man, die Kriegswohlfahrtspflege am Ende des Geschäftsjahres aufhören zu lassen.

Entsprungener Strafgefangener. Der am 29. September 1900 zu Dresden geborene Maler Paul Friedrich Max Meyer, der bereits vier Jahre Gefängnis wegen verschiedener Straftaten zu verbüßen hat, stand am gestrigen Mittwoch erneut vor dem Dresdner Schöffengericht. Meyer hatte sich in der Strafsache Schüler und Genossen zu verantworten und erzielte einen Freispruch. Am Schlusse der Verhandlung bat Meyer um Erlaubnis, austreten zu dürfen. Dieser Bitte wurde entsprochen. Der Abortraum lag im Erdgeschoß. Dort sprang Meyer zum Fenster hinaus, dann über eine Mauer und entkam auf diese Weise ins Freie.

Neue Postsparmaßnahmen. Als Sparmaßnahme zur Beseitigung des Defizits der Post plant, wie Der Konfektionär erfährt, das Reichspostministerium die mietweise Abgabe von Frankaturmaschinen an Privatfirmen zur selbständigen Frankierung und Fertigmachung der Post. Die Apparate, von denen 50 bereits im Monat Februar ausgegeben werden sollen, sind so eingerichtet, daß sie für alle vorkommenden Frankaturen geeignet sind und der Postbehörde eine mühelose Kontrolle ermöglichen. Die Firmen werden durch sie in die Lage versetzt, sich bei der Freimachung der Postsachen aller Art von der Post unabhängig zu machen. Vom 1. Januar an wird beim Verkauf der Freimarken in Rollen ein den Selbstkosten der Postverwaltung entsprechender Zuschlag von 1 M. für jede Rolle mit 500 Marken in einfarbigem Druck und von 1,50 M. für solche mit zweifarbigem Druck erhoben.

Postscheckverkehr. Neben der Erhöhung der Freigebühr für Zahlkarten und der Rückzahlungsgebühr für Barzahlungsschecke mußten auch die Preise für Vordrucke zum Teil erhöht werden. Es kosten vom 1. Januar 1922 an 1 Scheckheft mit 50 Blättern 10 M., 1 Ueberweisungsheft mit 50 Blättern 10 M., 100 Vordrucke zu Ersatzüberweisungen A 10 M., 100 Vordrucke zu Ersatzüberweisungen B 10 M., 100 Vordrucke zu Zahlungsanweisungen 10 M. Die Aufträge, die bei den Postscheckämtern bis Ende Dezember eingegangen sind, aber erst im Januar erledigt werden können, werden noch zu den alten Preisen bzw. kostenfrei ausgeführt.

Wegen Wäschediebstahls hatte sich der schon mehrfach vorbestrafte 24jährige Fleischer Klemens Konrad Höppner vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er hatte mit einer gewissen Römer ein Verhältnis gehabt und ihr die Wäsche gestohlen und verkauft. Schließlich belastet er die R. noch mit andern Nachreden. Das Gericht sah aber die Schuld des Angeklagten als erwiesen an und verurteilte ihn zu 3 Monaten Gefängnis.

Wichtig für Schweizer Staatsangehörige. Im Anzeigenteil der heutigen Nummer befindet sich ein Aufruf des Schweizerischen Konsulats in Dresden, betr. neue Eintragung in das Matrikelregister des Konsulats für das Jahr 1922.

Bezirkskmieterausschuß Johannstadt. Restaurant Bernert, Wönischplatz 1, Sonnabend den 7. Januar, abends 7½ Uhr, Zusammenkunft der Obleute des 1. Unterbezirks.

Mord und Selbstmord. Gestern nachmittag in der fünften Stunde hat der Handlungsgehilfe Otto S. aus Magdeburg seine Geliebte Ernestine M. aus Dresden in der Nähe des Krematoriums durch einen Schuß in die linke Schläfe getötet und die Waffe dann gegen sich selbst gerichtet. Während die M. sofort tot war, ist S. unmittelbar nach Einlieferung in das Krankenhaus verstorben. Nach einem bei ihm vorgefundenen Briefe soll die Tat im gegenseitigen Einverständnis geschehen sein.

Treibriemendiebstahl im städtischen Gaswerk Reick. In der Nacht zum 10. Dezember sind aus dem städtischen Gaswerk Reick zwei Treibriemen, ein alter abgenutzter, 7½ Meter lang, und ein neuerer, 8¼ Meter lang, beide 15 Zentimeter breit, gestohlen worden. Die Riemen waren in der ganzen Länge mit dem Stempel „Städt. Gaswerk" versehen. Die Kriminalpolizei bittet hierzu um sachdienliche Mitteilungen.

Herrenlose silberne Damentasche mit wertvoller goldener Herrenuhr. Im Fundamt des Polizeipräsidiums befindet sich eine silberne Damenhandtasche mit wertvoller goldener Herrenuhr, die am 6. Dezember 1921, nachmittags, in einem Hause der Prager Straße gefunden worden ist. Die Empfangsberechtigten wollen sich bei vorgenannter Dienststelle, Zimmer 107, wochentags von 8 bis 2 Uhr, melden.

Dresdner Umgebung

Eine kassierte Gemeinderatswahl

Eine wichtige Entscheidung in Wahlangelegenheiten von allgemeiner Bedeutung traf der Bezirksausschuß Dresden-Neustadt aus Anlaß eines Einspruchs gegen die Gemeinderatswahl in Wallroda bei Radeberg. Dort wurde am 4. Dezember der Gemeinderat neugewählt. Die vereinigten bürgerlichen Parteien erhielten dieselbe Anzahl von Mandaten wie die verbundenen Listen der beiden sozialistischen Parteien. Das Wahlresultat wird von bürgerlicher Seite angefochten, weil auf Beschluß des alten Gemeinderats von der Aufstellung einer neuen Wählerliste abgesehen worden ist. Man hat vielmehr die alte Wählerliste von 1919 benutzt, die bereits mit einem ersten Nachtrag versehen war, und hat sie noch mit einem zweiten Nachtrag versehen, d. h. die seit 1919 eingetretenen Veränderungen innerhalb des Kreises der Wahlberechtigten berücksichtigen sollte. Auf diese Weise ist jede alphabetische Ordnung der Wähler über den Haufen geworfen worden. Dazu kommen Streichungen und Berichtigungen in der Liste selbst, die nicht nur dem Gemeindevorstand die ganze Arbeit ungemein erschwerten, insbesondere die Feststellung, ob auch alle Wahlberechtigten tatsächlich in die Liste aufgenommen worden waren, sondern auch den einzelnen Wählern, die sich von ihrer Eintragung in die Liste überzeugen wollten, das Nachschlagen mindestens nicht erleichterten. Tatsächlich sind 13 Personen, die schon längere Zeit in Wallroda wohnten, auf diese Weise trotz ihrer Wahlberechtigung nicht aufgenommen worden, ohne daß dies bemerkt worden wäre. An sich besteht nun keine klare gesetzliche Vorschrift, ob für jede Gemeinderatswahl eine neue Wählerliste aufzustellen ist, während dies bei den Reichstags- und Landtagswahlen unzweideutig gesagt ist. Wohl aber hat das Ministerium des Innern ein Muster von Wählerliste herausgegeben, wonach für ordentliche Wahlen und für Nachwahlen neue Listen aufzustellen sind. Aus diesem Muster las der Berichterstatter doch einen gewissen Zwang heraus für jede Gemeinderatswahl eine neue Wählerliste aufzustellen. Mindestens sei für diese Annahme ein kräftiges Indiz vorhanden.

In Wallroda hat sich nun auch ergeben, daß die Mangelhaftigkeit der Wählerliste unliebsame Folgen gezeitigt hat. Würde man von den 13 Stimmen, die wegen der Nichteintragung nicht abgegeben werden konnten, nur fünf den Bürgerlichen zuzählen, so würden sie ein Mandat mehr bekommen haben als die Sozialisten. Bei der Wahlhandlung sind auch noch verschiedene Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Eine wahlberechtigte Person, die tatsächlich eingetragen war, deren Name aber in der Liste infolge deren Mangelhaftigkeit nicht gefunden wurde, ist zur Wahl nicht zugelassen worden. In einem andern Falle durfte noch ein Wähler, der sich im Vorraum des Wahllokals befunden hatte, noch nach Schluß der Wahlzeit wählen. Und in einem andern Falle hat wiederum der Wahlvorstand einen Stimmzettel in Empfang genommen und in die Wahlurne gesteckt, ohne die Feststellung abzuwarten, ob der Betreffende eingetragen war. Als sich herausstellte, daß dies nicht der Fall war, hat der Gemeindevorstand nachträglich noch schnell den Wähler in die Liste aufgenommen. (!)

Der Berichterstatter vertrat die Auffassung, daß die Mangelhaftigkeit der ganzen Liste schon dazu führen müsse, in Beachtung des Einspruchs die Wahl zu kassieren, Neuwahlen anzuordnen und für diese Aufstellung einer neuen Wählerliste zu bedingen. Gegen eine Stimme wurde demgemäß beschlossen.

Aus dem Parteileben

4. Unterbezirk

Freitag, abends 8 Uhr:

Dresden-N., Gruppen 1—6. In den bekannten Lokalen: Gruppenversammlungen. Vorstandsbericht. Vortrag. Erscheinen aller ist Pflicht.

Bezirk Trachenberge. Mitgliederversammlung im Vergißmeinnicht. Vortrag des Genossen Redakteur Bombach über: Die Hausfrau der Zukunft. Außerdem wichtige Parteiangelegenheiten. Es wird zahlreicher Besuch der Genossen und Genossinnen erwartet.

Bezirk Pieschen. In Richters Restaurant: Sitzung. Vorstandsbericht. Parteiangelegenheiten. Erscheinen ist Pflicht.

Bezirk Mickten. Im Ratskeller: Sitzung mit wichtiger Tagesordnung. Punkt 7 Uhr: Verwaltungssitzung. Niemand darf fehlen.

Jungsozialisten Neustadt!

Sonnabend, abends 6½ Uhr, beteiligen wir uns an der Weihnachtsfeier der Parteigruppe 2 im Kurfürstenhof, Kurfürstenstraße 89. Erscheinen ist Pflicht!

Der geschäftsführende Ausschuß.

6. Unterbezirk

Bezirk Laubegast. Freitag, abends 7½ Uhr, im Restaurant Elbtal Mitgliederversammlung mit Fortsetzung des Einstein-Vortrages. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zu diesem hochinteressanten Vortrag vollzählig zu erscheinen. Außerdem noch wichtige Tagesordnung.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220105/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Versicherungsfachleute und Sozialpolitiker zur Angestelltenversicherung

Die Wahlagitation für die Angestelltenversicherungswahlen wird von dem Afa-Bund unter der Parole: **Beseitigung der Sonderstellung der Angestelltenversicherung und ihre Angliederung an die Invalidenversicherung!** geführt. Die Gründe, die für die Vereinigung der Angestellten- mit der Arbeiterversicherung sprechen, sind oft und eingehend genug behandelt. Während von den Harmonieverbänden die Sonderversicherung aus rein politischen Gründen vertreten wird, ist für die Stellungnahme des Afa-Bundes lediglich das Interesse der Versicherten selbst ausschlaggebend. Er vertritt die Ansicht und ist hierbei der Zustimmung weiter Angestelltenkreise sicher, daß mit den Geldern der Angestellten so sparsam als nur irgend möglich gewirtschaftet werden muß. Die von den Angestellten aufgebrachten Versicherungsbeiträge müssen ihnen in Form der Versicherungsleistungen möglichst ungeschmälert wieder zufließen. Die notwendigen Verwaltungskosten müssen unbedingt auf das geringste Maß beschränkt werden. **Hiermit ist aber unvereinbar, daß für die Versicherung der Angestellten allein ein ungemein teurer bureaukratischer Verwaltungsapparat besteht.** Es handelt sich hier nicht um eine „radikale" Forderung der freien Angestelltengewerkschaften, wie deren Gegner so gerne behaupten, sondern einfach um ein Gebot der Notwendigkeit. Dies wird treffend dadurch bestätigt, daß auch andre Kreise durchaus denselben Standpunkt einnehmen und in dem verbohrten Festhalten der Harmonieverbände an der Sonderversicherung eine unverantwortliche Schädigung der Angestellten erblicken.

So schrieb z. B. schon 1917 Justizrat Dr. Fuld, Mainz, in einem Artikel **Vorschläge zur Aenderung der Sozialversicherung**:

„Die Reichsversicherungsanstalt, welche bisher noch keinerlei Renten an Angestellte gezahlt hat, was wegen der langen Karenzzeit, die das Gesetz vorschreibt, noch nicht möglich ist, verbraucht an Verwaltungskosten annähernd schon sechs Millionen Mark jährlich. Der Beharrungszustand ist damit noch nicht erreicht, die Ausgaben werden noch weiter steigen, namentlich dann, wenn die Anstalt ihre Leistungen aufgenommen hat. Im Hinblick auf die unbedingte Notwendigkeit, welche in den dem Friedensschluß folgenden Jahren für lange Zeit bestehen wird, auf allen Gebieten des Staats- und Wirtschaftslebens die weitestgehende Sparsamkeit zu üben, erscheint aber die dauernde Beibehaltung einer solche Verwaltungskosten verschlingenden Organisation dann schädlich, wenn dieselbe ohne Nachteil für die materiellen Ansprüche und Leistungen durch eine andre ersetzt werden kann. Dies ist aber der Fall. Die Versicherung der Angestellten kann ohne jede Beeinträchtigung derselben in irgendeinem Punkte durch Anschluß an die Invalidenversicherung bewirkt werden, dies um so mehr, als ja ohnedies 70 Proz. und mehr der Angestellten gleichzeitig bei der Invalidenversicherung versichert sind. ... Die Verwaltungskosten können zum großen Teil gespart werden. **Die Angliederung wird um so schwieriger, je länger man mit ihrer Ausführung wartet.**"

In der **Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft**, Band 16, 4. Heft, vom 1. Juli 1916, schrieb Professor Dr. Alfred Manes (Berlin), Generalsekretär des Deutschen Vereins für Versicherungswissenschaften, in einem Artikel **Verbilligung der Sozialversicherung durch Eingliederung der Angestelltenversicherung** folgendes:

„So wenig der Gedanke ernsthaft bekämpft worden ist, die Segnungen, deren der deutsche Arbeiter durch die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung teilhaftig wird, auf Angestellte in ähnlichen Einkommensverhältnissen auszudehnen, so schwerwiegende Bedenken wurden damals laut gegenüber dem dann zur Ausführung gelangten Plan, für die Angestelltenversicherung eine vollständig neue Verwaltungsorganisation zu schaffen mit einem höchst kostspieligen Beamtenapparat, die unbedenklich als **volkswirtschaftliche Verschwendung** damals wie heute bezeichnet werden müssen."

Nach einem Vergleich mit den Verhältnissen in Oesterreich, wobei besonders darauf hingewiesen wird, daß es sehr zweifelhaft ist, ob Oesterreich eine selbständige Organisation für seine Angestelltenversicherung geschaffen hätte, wenn es gleich Deutschland eine vortreffliche, leicht ausbaufähige Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung der Arbeiter besessen hätte, heißt es dann weiter:

„Die früheren Auseinandersetzungen von neuem aufleben zu lassen, besteht aber auch deswegen wohlbegründeter Anlaß, weil die Möglichkeit einer Umkehr von dem falschen Wege jetzt noch besteht. Denn die lange Wartezeit, die das Angestelltenversicherungsgesetz vorsieht, hat bewirkt, daß bisher noch keine Unterbeamte aus ihr erwachsen sind. Die ganze Organisation hat daher bis jetzt nicht festen Fuß im Volke fassen können. Wenn nun die Möglichkeit bestünde, den Versicherten finanziell im wesentlichen das gleiche zu bieten, wie das jetzige Gesetz es vorsieht, aber nur zu sehr viel niedrigeren Verwaltungskosten unter erheblicher Vereinfachung der gesetzlichen Grundlagen im Anschluß an längst bewährte Sozialbehörden, wenn gleichzeitig mit diesem Umbau die Einbeziehung weiterer Kreise in die Arbeiterversicherung durch die schon ins Auge gefaßte Heraufsetzung der Lohngrenze durchführbar wäre, warum sollte man davor zurückschrecken, das Gesetz von 1911 entsprechend umzuformen?"

Dr. Manes kommt zu dem Schluß, daß durch die Trennung der Sozialversicherung **die Klassengegensätze zwischen Arbeitern und Angestellten** verstärkt werden. Es wäre eine Forderung der gesunden Vernunft, solche Gegensätze durch Gesetzesänderung zu überbrücken, zumal doch der allergrößte Teil der Angestellten der Arbeiterversicherung bereits dauernd angehört. Ueber die Wirkungen der beiden Versicherungen nebeneinander sagt er noch:

„Die doppelte Organisation, die doppelte Verwaltung und doppelte Rechtsprechung in Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherungssachen wird, wenn erst das jetzige Gesetz voll in Wirksamkeit käme, verwirrend und ärgerlich in weiten Volkskreisen wirken. Die doppelte und umständliche Beitragsentrichtung, die zweierlei Renten, die von zwei verschiedenen Stellen auszuführende Heilbehandlung, die nach verschiedenen Grundsätzen gehandhabt wird und zu verschiedenen Zeiten eintritt, wird die gesamte Sozialversicherung nur weniger volkstümlich machen. Auch wird die Einheit der Gesetzesauslegung und Rechtsprechung dadurch gefährdet, daß nicht dieselbe Endinstanz vorhanden ist."

Der Landesrat Dr. jur. Paul Brunn, Mitglied des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Berlin, schrieb in Heft 1 des 17. Bandes derselben Zeitschrift zur Frage der Beseitigung der Angestelltenversicherung als Sonderversicherung:

„Wie verfehlt die Schaffung der selbständigen Sonderversicherung mit ihrer Zentralisation war, haben die Erfahrungen der Kriegszeit besonders deutlich gezeigt. Hätte man von Anfang an diese Versicherung in die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung eingegliedert, so wäre es jetzt möglich gewesen, den Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen von Kriegsgefallenen Renten zu gewähren; statt dessen müssen sie sich mit der einmaligen Erstattung der halben Beiträge begnügen."

Dann weist Dr. Brunn auf die sich aus dem Nebeneinanderbestehen der beiden Versicherungen ergebenden Unzuträglichkeiten hin, die zum Teil mehr auf rechtlichem Gebiete liegen, und vor denen er besonders hervorhebt, daß die Versicherungspflicht in der R.-V.-O. und im V. f. A. selbständig und unabhängig voneinander erweitert ist. Da für beide Gesetze besondere Instanzen über die Versicherungspflicht zu entscheiden haben, kann es sich ergeben, daß die unhaltbarsten Zustände eintreten, wie er an einigen Beispielen treffend darstellt. Auch Dr. Brunn kommt zu dem Schluß, daß eine genaue Abgrenzung für die Versicherungspflicht der beiden Versicherungen nicht möglich ist, indem er schreibt:

„Die Grenzen sind hier äußerst flüssig, und es ist im Einzelfall häufig mehr Sache des Gefühls, ob man die aufsichtsführende und leitende oder die handarbeitende Tätigkeit als das bezeichnende der Stellung ansehen will."

Es ist eine bekannte Tatsache, sagt Dr. Brunn weiter, daß Angestellte, wenn sie die hohen Beiträge zur Angestelltenversicherung zahlen müssen, oft nur zu sehr geneigt sind, die Beitragsleistung zur Invalidenversicherung, der sie meist vorher schon lange Jahre angehört haben, einzustellen, weil sie überzeugt sind, nicht dazu verpflichtet zu sein, und weil sie glauben, daß die Beitragsleistung zur Angestelltenversicherung auch ihrer Invalidenversicherung zugute kommt. Tritt dann ein Versicherungsfall ein, bevor in der Angestelltenversicherung die Wartezeit erfüllt werden konnte, so ist möglicherweise inzwischen in der Invalidenversicherung die Anwartschaft schon erloschen, und der Versicherte geht leer aus. Daß solche Fälle überhaupt vorkommen können, ist eben eine Folge des Nebeneinanderlaufens der beiden auf dasselbe Ziel gerichteten Versicherungen.

Bei dem Heilverfahren fehlt es nach Brunn ebenfalls an der so nötigen Verbindung zwischen beiden Versicherungen. Der Umstand, daß zwei Versicherungsträger unabhängig voneinander für das Heilverfahren desselben Versicherten in Frage kommen können, führt zu mancherlei Unzuträglichkeiten. Die Reichsversicherungsanstalt führt grundsätzlich das Heilverfahren in der 2. Klasse durch, die Träger der Invalidenversicherung dagegen in der 3. Klasse. Auch wer kein Freund einer öden Gleichmacherei ist, wird zugeben müssen, daß eine solche reinliche Scheidung der „Angestellten" von den Versicherten der R.-V.-O. nicht dazu beiträgt, die sozialen Gegensätze auszugleichen; und dem sozialen Frieden zu dienen, ist ja wohl einer der wesentlichen Zwecke der Sozialversicherung. Dabei darf man nicht vergessen, daß mehr als 70 Proz. doppelt versichert sind, und daß zu den Angestellten, die unter das V. f. A. fallen, auch solche gehören, die auf der sozialen Leiter jedenfalls nicht höher stehen als die eigentlichen Arbeiter und Gehilfen. Schließlich sagt Dr. Brunn:

„Die Beispiele ließen sich unschwer vermehren. Doch reichen sie aus, um die von Manes neu erhobene Forderung zu unterstützen, die Angestelltenversicherung zu beseitigen und sie in die allgemeine Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung einzugliedern. Selbstverständlich ergeben sich dabei mancherlei Schwierigkeiten; sie sind aber nicht unüberwindlich. Der Krieg hat uns ja gelehrt, und lehrt uns täglich von neuem, viel größere Schwierigkeiten zu überwinden. Den berechtigten Wünschen der Angestellten, in ausreichender Weise bei der Verwaltung und Rechtsprechung beteiligt zu werden, muß natürlich auch bei der neuen Gestaltung der Angestelltenversicherung Rechnung getragen werden. **Die Hauptsache ist, daß das Reformwerk bald in Angriff genommen wird, mit jeder Hinausschiebung wachsen nur die Schwierigkeiten.**"

In Heft 4 des 17. Bandes derselben Zeitschrift nimmt der Geheime Regierungsrat Dr. jur. Georg Zacher, Berlin, ebenfalls gegen die Sonderorganisation der Angestelltenversicherung Stellung. Er schreibt:

„Was zunächst den Hauptgrund betrifft, der dafür bestimmend gewesen ist, die unheilige Ordnung der erst kurz zuvor (am 19. Juli 1911) verabschiedeten Reichsversicherungsordnung mit dem Sondergesetz vom 20. Dezember 1911 zu durchbrechen, so sind ausweislich der Begründung zum Gesetzentwurf vom 20. Mai 1911 für die Wahl einer Sonderorganisation **vornehmlich politische Motive** maßgebend gewesen. Diese haben sich inzwischen nach den Kriegserfahrungen als völlig verfehlt erwiesen. Damit ist der Hauptgrund für die Aufrechterhaltung einer kostspieligen Sonderversicherung hinfällig geworden."

Im gleichen Sinne äußert sich der Privatdozent an der Universität Berlin, Dr. jur. Walter Kaskel, der zu dem Begriff der „Berufsunfähigkeit" folgende Stellung einnimmt:

„Es gibt daher überhaupt keinen Sonderbegriff der Berufsunfähigkeit. Berufsunfähigkeit ist vielmehr ein geringeres Maß von Invalidität. Der Sonderbegriff erfordert somit auch keine Sonderversicherung."

Zu der Behauptung, daß die Angestelltenversicherung als Sonderversicherung für besondere Bevölkerungskreise erforderlich ist, weil sie Personenkreise umfaßt, die in höherer, dem Handarbeiter gegenüber in führender und leitender Lebensstellung ihren Beruf ausüben, auf Grund von Kenntnissen, die sie befähigen, selbständig entscheidend die ihnen übertragenen Arbeiten auszuführen oder die ihnen unterstellten Arbeiter anzuweisen und zu leiten, bemerkt Kaskel:

„Der der Angestelltenversicherung unterstellte Personenkreis entspricht indessen zu seinem weitaus größten Teil jenem Bilde keineswegs; Personen in leitender Stellung bilden nur einen ganz geringen Bruchteil der nach dem Angestelltenversicherungsgesetz versicherten Angestellten. Auch bilden diese Personen keinen in sich geschlossenen Stand. Denn eine Standesgemeinschaft zwischen dem Leiter einer Bankfiliale, einem Schreiber, der Formulare ausfüllt, und dem wissenschaftlichen Hilfsarbeiter an einer Akademie vermag ich nicht zu finden."

Der ärztliche Referent der Reichsversicherungsanstalt, Geheimer Sanitätsrat Dr. med. Beerwald, hält ein besonderes Heilverfahren für die durch die beiden Versicherungen abgegrenzten Personenkreise für erforderlich, indem er schreibt: „Würde sich wohl der Bankbuchhalter Müller wochenlang wohl fühlen, wenn er im großen Krankensaale neben dem Maurergesellen Schulze liegen muß?" Hierzu bemerkt Kaskel treffend:

„Diese Ausführungen dürften den meisten Menschen in einer Zeit, in der alle Berufsstände jahrelang in den Schützengräben und Lagerzelten Gefahren und Schmerzen der gleichen Klasse geteilt haben, kaum verständlich sein und von dem Bankbuchhalter Müller wohl selbst abgelehnt werden. Aber es kommt hinzu, daß einmal bei den Doppelversicherten — und das ist nach den früheren die weitaus überwiegende Zahl der Angestellten — auch jetzt die Einleitung eines Heilverfahrens nicht nur von der Reichsversicherungsanstalt, sondern auch von ihrer Landesversicherungsanstalt erfolgen kann, je nachdem, wer zuerst vorgeht. Würde ferner Herr Müller in seiner Behaglichkeit so erheblich gebessert sein, wenn statt des Maurergesellen Schulze der Maurerpolier Schulze neben ihm liegt, der unter Umständen zum Kreise der Angestellten gehört? — Man sieht, wohin solche, hoffentlich endgültig überwundenen Gedankengänge führen!"

Stadtrat v. Frankenberg, Braunschweig, schreibt in der Deutschen Juristen-Zeitung zur Reform der Sozialversicherung:

„Es ist deshalb ratsam, die Erörterungen über die Zusammenlegung der Unfall- mit der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung vorläufig zurückzustellen. Eher wäre schon an eine Verschmelzung der noch nicht lange bestehenden Angestelltenversicherung mit der letztgenannten Einrichtung zu denken. Da aber die Parteien, die früher die Sonderbehandlung der Angestellten trotz allen lebhaft dagegen geltend gemachten Bedenken durchgesetzt haben, noch die Mehrheit im Reichstage besitzen, so ist es kaum wahrscheinlich, daß sie heute zu einer Vereinfachung und Verbilligung in dieser Richtung die Hand bieten werden."

Die Stimmen, die sich gegen die Sonderstellung der Angestelltenversicherung wenden, ließen sich noch weiter ergänzen. Wir glauben aber, auch schon mit den vorstehenden Ausführungen den Nachweis erbracht zu haben, daß die Beibehaltung der Angestelltenversicherung in ihrer jetzigen Organisation sachlich nicht begründet werden kann. Die angestrebte weitere Beitragsbelastung der Angestellten muß als unerträglich bezeichnet werden und ist angesichts der Zustände in der Reichsversicherungsanstalt unter keinen Umständen zu vertreten. Gerade wir halten eine für die Angestellten ausreichende soziale Fürsorge für alle Wechselfälle des Lebens für unbedingt erforderlich und glauben uns da auch mit allen Angestellten einig. Sollen diese Forderungen aber durchgesetzt werden, dann müssen bei den bevorstehenden Wahlen für die Angestelltenversicherung **die Afa-Listen den Sieg davontragen.** Keine Stimme denjenigen, die das Geld der Angestellten leichtfertig für ihre Sonderbestrebungen zu ändern bereit sind,

alle Stimmen den Kandidaten des Afa-Bundes!

Gewerkschaftsbewegung

Beiratssitzung der Metallarbeiter

Die Metallarbeiterzeitung berichtet über eine erweiterte Beiratssitzung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die am 20. und 21. Dezember 1921 abgehalten wurde, und einstimmig folgende Entschließung zu den 10 Forderungen des A. D. G. B. und des Afa-Bundes faßte:

„Der erweiterte Beirat stimmt gleich dem ersten Reichsbetriebsrätekongreß für die Metallindustrie den vom Vorstand des A. D. G. B. und Afa-Bundes aufgestellten 10 Forderungen einmütig zu. Pflicht aller proletarischen Organisationen muß es sein, ihre Kräfte für die Durchführung dieser 10 Forderungen einzusetzen. Die Verwirklichung dieser Forderungen ist nur möglich in hartem, zähem Ringen mit den kapitalistischen Mächten; ein Erfolg der Arbeiterklasse setzt ihr einmütiges, geschlossenes Zusammenwirken in straffster Disziplin voraus. Pflicht aller Gewerkschaftsmitglieder ist es, in diesem Sinne zu wirken."

Zum § 55 der Schlichtungsordnung, der nach dem Entwurf den Arbeitern und Angestellten im wirtschaftlichen Kampf die schwersten Fesseln anlegen soll und harte Strafen vorsieht, wurde ebenfalls einstimmig beschlossen:

„Der erweiterte Beirat stimmt der Haltung des Ausschusses des A. D. G. B. zum § 55 des Schlichtungsordnungsgesetzes rückhaltlos zu und fordert die parlamentarischen Arbeitervertreter auf, jedes Zwangsmittel, das einen Eingriff in das freie Selbstbestimmungsrecht der Gewerkschaften darstellt, strikte abzulehnen."

Die in den letzten vier Monaten eingetretene außerordentliche Geldentwertung veranlaßte den erweiterten Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu einer gründlichen Sanierung der Verbandsfinanzen, verbunden mit einer entsprechenden Erhöhung der Unterstützungen. Die Streik- und Gemaßregeltenunterstützung wurde in der Beitragsklasse I, der die erdrückende Mehrheit der Mitglieder angehört, von 90 auf 150 M. pro Woche erhöht, dazu ein Zuschlag für Frau und Kinder. Der wöchentliche Grundbeitrag der Mitglieder erfuhr in Klasse I eine Erhöhung von 4 auf 7 M. pro Woche. Dazu kommen die Lokalzuschläge. Diese Vorlage des Vorstandes wurde einstimmig angenommen.

Polonisierung der oberschlesischen Gewerkschaften

Die Zentralkommission der oberschlesischen Gewerkschaften hat sich mit einem Schreiben an das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam gewandt, in dem die Angliederung der Deutschen Gewerkschaften Polnisch-Oberschlesiens an die polnische Gewerkschaftszentrale gefordert wird. Die Angliederung der 50 000 gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiter sei notwendig, damit in Polnisch-Oberschlesien eine starke und einheitliche sozialistische Gewerkschaftsorganisation dem Polnisch-nationalen Gewerkschaftsverband ein entsprechendes Gegengewicht entgegensetzen könne. — Die polnische Gewerkschaftsorganisation beschwert sich ferner darüber, daß in Teschen-Schlesien und in Posen seitens der deutschen Gewerkschaften eine Austrittspropaganda unter den an die polnische Gewerkschaftszentrale angeschlossenen deutschen Gewerkschaften betrieben würde, um diese unter den Einfluß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu bringen. — Der Vorwärts bemerkt zutreffend zu diesem Vorgehen der polnischen Zentralkommission: Uns scheint der Weg nach Berlin näher als der nach Amsterdam.

Der Allgemeine freie Angestelltenbund macht nochmals darauf aufmerksam, daß die Ausstellung „Der Mensch" noch bis 8. Januar verlängert worden ist. Den Angestellten ist Gelegenheit gegeben, diese Ausstellung für den niedrigen Preis von 1.50 M. zu besuchen. Karten sind zu haben in der Geschäftsstelle des Afa-Bundes, Dresden-A., Wettinerplatz 10, I.

Tarifverhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlen-Bergbau. Am 8. Januar haben in Halle zwischen den Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues die Tarifverhandlungen begonnen. Bekanntlich ist der am 17. April 1920 erstmalig abgeschlossene Tarifvertrag mit Ablauf des vergangenen Jahres durch Tarifkündigung abgelaufen.

Elektrizitätsarbeiterstreik auf dem Phönixwerk. Aus Bochum wird gemeldet: Auf den Werken der Phönix-Aktiengesellschaft in Hörde streiken wegen Lohnforderungen die Belegschaften der Elektrizitätszentrale. Dadurch ist ein großer Teil des gesamten Werkes stillgelegt worden.

Im Kölner Industriegebiet werden große Betriebseinschränkungen vorgenommen. In Arbeiterkreisen macht sich eine große Beunruhigung bemerkbar, da angenommen wird, daß der Kohlenmangel seitens der Unternehmer lediglich vorgeschützt wird, um einem großen Lohnkampf der Metallarbeiter aus dem Wege zu gehen.

Sport • Spiel • Körperpflege

Arbeiter-Turn- und Sportbund

Kaditz. Freitag den 6. Januar fällt das Turnen aus. Sonnabend den 7. Januar Generalversammlung in der Baubörse. Anfang 6 Uhr. Seid pünktlich. Jugendliche unter 16 Jahren haben keinen Zutritt.

Spielvereinigung Kaditz. Freitag den 6. Januar, abends 7 Uhr, Generalversammlung bei Reinig. Erscheint alle und pünktlich.

F.-C. Sportfreunde, Dresden-Kaditz. Zuschriften sind zu richten an Willi Schramm, Dresden 30, Leuckartstraße 8. Spielforderungen für Herren-Mannschaften an Paul Lieber, Dresden 30, Wächterstraße 39b. Spielforderungen für Jugend-Mannschaften an Otto Vogt, Dresden 30, Wächterstraße 50.

Fußballabteilung Reisigau. Sonnabend den 7. Januar, 7½ Uhr, im Vereinslokal zur Kette: Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Turnverein Cunnersdorf. Sonntag den 8. Januar, nachmittags 1½ Uhr: Generalversammlung bei Richters in Alt-Cunnersdorf.

Fußballabteilung Turnverein Einigkeit, Gittersee. Sonnabend den 7. Januar, 7 Uhr, im Gasthof Gittersee: Jahreshauptversammlung.

9. Bezirk. Turnvereine des Plauenschen Grundes. Freiberg. Sonnabend den 7. Januar, abends 6½ Uhr, in der Turnhalle zu Niederfäslich: Beginn des Turnerinnenkursus. Alle Vereine müssen vertreten sein.

Löbtau. Fußball-Abteilung. Freitag, 6. Januar, wichtige Sitzung. — Sonnabend, 14. Januar, 7 Uhr, Generalversammlung im Restaurant Schneider. Unentschuldigtes Fehlen wird bestraft.

Hänichen. Sonnabend, 7. Januar, 7 Uhr, Mitgliederunterhaltung. — Sonntag, 8. Januar, mittags 1 Uhr, Generalversammlung. — Sonntag, 15. Januar abends 7 Uhr, Konzert.

Turnerschaft Striesen. Sonntag den 8. Januar Wanderung durch das Kaitzbachtal nach der Tolmühle. Treffen 12 Uhr mittags Paßlandplatz. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. — Die regelmäßigen Turnstunden beginnen wieder: Jungmannstraße: Montag den 9. Januar; Silbermannstraße: Dienstag den 10. Januar, zu den üblichen Zeiten. — Mittwoch den 11. Januar Spielerstunde bei Altnickel. Beginn 7½ Uhr. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Zahnarzt Dr. Bahr's **Zahnpulver „Nr. 23"** reinigt die Zähne so vollkommen, daß schon nach kurzem Gebrauch das Aussehen derselben bedeutend verbessert wird. Jede echte Packung trägt Dr. Bahr's Namenzug. In allen Apotheken und Drogerien. (1571)

Verantw. für den redakt. Teil Edgar Hahnewald, Dresden-A., für den Inseratenteil Max Seifert, Dresden-Gruna. Druck und Verlag: Kaden & Komp., Dresden

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220105/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Cafés, Restaurants, Vergnügungen Brauereien

Café König, Königsdiele, Inh.: Gust. Mühlbach, Ringstr. 14

Otto König, Bäckerei, Konditorei u. Café, Ostra-Allee 20

Fremdenhof zu den 3 Raben Fernsprecher 20 070 Marienstraße 18/20 Drahtet: 3 Raben
Altberühmtes vornehmes Haus gegr. 1841

Hotel Annenhof, Annenstr. 23 Preisw. Gasth.

Braunschweiger Hof
Freiberger Platz 11 — Speise- u. Logierhaus

JOHANNES-HOF
Großes Speiserestaurant :: Johannesstraße

See-Lichtspiele, Breite Straße
Vollkommen renoviert

Waldschlößchen-Terrasse, größtes Konzert- und Ball-Lokal. Garten-Terrasse — Konzert-Park
Jeden Sonntag und Montag: Ball

DAS KÖSTLICHE
Waldschlößchen-Bier

Trinkt deutsche Erzeugnisse!

Dresdner Felsenkeller-Bier

Erste Kulmbacher, Aktien-Export-Brauerei, Kulmbach, Filiale in Dresden-A., Laurinstraße 1

Banken

DRESDNER BANK, DRESDEN
König-Johann-Straße 3
Aktienkapital u. Reserven rund 600 Millionen Mark
Dep.-Kasse A: König-Johann-Str. 3
B: Prager Straße 45
C: Bautzner Straße 3
D: Kötzschenbroda, Moritzb. Str. 1
E: Weiß. Hirsch, Loschw. Str. 21
F: Striesener Straße 49
G: Blasewitz, Schillerplatz 15
H: Klotzsche, Königsbr. Str. 66 b
J: Radebeul, Bahnhofstraße 18.
Sächs. Niederlassungen: Bautzen, Chemnitz, Döbeln, Hartha, Leipzig, Meissen, Pirna, Plauen, Roßwein, Schandau, Waldheim, Zittau, Zwickau i. S.

Commerz- u. Privatbank A. G.
Kapital und Reserven 275 000 000 M.
Filiale Dresden:
Waisenhausstraße 21, Ringstraße 22
Depositenkassen:
A. Amalienstraße 11/13 — B. Prager Straße 41
C. Pillnitzer, Ecke Mathildenstr. — D. Hauptstr. 34

Sächsische Staatsbank
Oeffentlich rechtliche Bankanstalt unter der Gewähr des Sächsischen Staates
Dresden — Leipzig — Zwickau
Erledigung aller Bankgeschäfte
Annahme von Mündelgeldern
gemäß § 1808 BGB.

Dresdner Handelsbank, A.-G., Dresden-A.
Hauptgeschäftsstelle: Ostra-Allee 9
im Hause der Kaufmannschaft
Weitere Geschäftsstellen:
Schlachthofring 7 ‖ Wettinerstraße 56
Elisaplatz 3 ‖ Kaiserstraße 11
Ausführung aller Bankgeschäfte

Bondi & Maron, Bankhaus
Fernsprecher 25 967 — Struvestraße 5

Albert Kuntze & Co., Bank-gesch.
Ausführung sämtl. bankmäßigen Geschäfte

Dresdner Gewerbebank, e. G. m. b. H. Struvestr. 1, Ecke Prager Str. 4% Zinsen bei tägl. Verfügung, bei Kündigung bis 4½%. Ausführung aller Bankgeschäfte

Dresdner Genossenschafts-Pilsner
unübertroffen

Trinkt Thürmer-Kaffee
Friedr. Fehre, Dresden-A., Grunaer Str. 27
Schokoladen-Grosshandlung

Ohne Gewähr. **Dauerfahrplan** Musterschutz.
gültig ab 1. November 1921.

Abfahrt der Züge von Dresden (Hauptbahnhof) **nach**

Elsterwerda-Berlin: 2.00, 5.55, 8.05 (D), 12.48, 3.18, 5.40, 7.24.
Röderau-Berlin: 2.10 (D), 3.10, 7.20 (D).
Riesa-Leipzig: 1.00, 5.07, 7.20 (D), 9.37, 10.20 (D), 1.35 (D), 2.15, 3.35, 7.08 (D), 8.14 (D), 8.05, 10.11 (bis Riesa).
Döbeln-Leipzig: 5.04, 7.25, 11.55, 4.46, 6.26, 8.55.
Klotzsche-Radeberg-Arnsdorf: 1.45 (nur Montags), 5.08, 5.21, 5.52, 5.47 (w.), 7.07 (w.), 7.48, 8.45, 9.00, 9.12, 10.27, 12.02, 12.10, 12.20, 1.12, 1.22, 1.47, 7.34, 2.01, 2.55, 3.17, 4.21, 5.03, 5.17, 5.50, 6.07 (w.), 6.29 (w.), 7.24, 7.32 (w.), 7.47, 8.11, 8.50, 19.10, 10.36, 11.07, 11.20.
Görlitz (Breslau): 5.21, 5.22, 7.05, 8.51 (D), 9.12, 9.45, 12.20, 1.22, 2.46, 3.17, 4.16 (D), 4.24, 5.50, 7.54 (D), 8.50, 10.35, 11.20.
Bischofswerda-Zittau: 5.21, 9.46, 1.22, 3.17 (bis Wilth.), 5.50, 10.35 (nur werkt.).
Kamenz (Senftenberg-Cottbus): 1.45 (nur Montags), 5.52 (nur Sonnt.), 5.17 (werktags), 9.12, 12.20, 3.17, 6.20 (nur werkt.), 7.24, 7.32, 11.20.
Chemnitz: 3.40, 6.30, 7.16 (D), 9.10, 10.47 (D), 11.32, 2.19, 3.34, 5.00, 7.09, 8.39 (D), 9.05, 10.43 (D), 10.55.
Pirna: Vorm. 4.01 (nur werktags), 5.40, 6.10, 6.23 (nur werkt.), 6.35 (nur S. u. F.), 6.44 (nur werkt.), 7.10 (nur S. u. F.), 7.18, 8.00, 8.50, 9.29 (nur werkt.), 10.43, nachm. 12.23, 1.07, 1.18, 1.54, 3.12, 3.32, 3.55 (nur werkt.), 4.15 (nur werkt.), 4.46, 5.24, 6.05, 7.05, 7.35, 7.52, 10.10, 11.25, 12.00.
Bodenbach-Tetschen: Vorm. 6.10, 7.10, 8.50, 11.53 (D), nachm. 1.07, 3.32, 4.34 (D), 4.40, 6.05, 7.35, 11.25.
Aussig-Teplitz-Schönau-Karlsbad-Prag-Wien: Vorm. 6.10, 11.53 (D), nachm. 1.07, 4.34, 7.35, 11.25.
Potschappel-Tharandt: Vorm. 12.10, 3.40, 5.53, 6.20, 7.56, 8.53, 9.10, 9.42, 11.52, nachm. 12.15 (nur werktags), 1.14, 2.19, 3.12, 3.34, 4.41, 5.00 (nur werktags), 5.40, 6.28, 7.00, 7.22, 9.05, 10.00, 10.55.
Potschappel-Wilsdruff-Nossen: Vorm. 5.53, 9.42, nachm. 1.14, 3.12, 4.41, 6.28, 10.55.
Kötzschenbroda-Meißen: Vorm. 12.20, 2.00, 4.12, 4.54 (w.), 5.00, 5.07, 5.38 (w.), 5.55, 6.26, 7.25, 8.43, 9.37, 10.50, 11.30, 11.55, nachm. 12.27 (w.), 12.48 (w.), 1.06, 1.20, 2.02, 2.15, 3.10, 3.23 (w.), 4.05, 4.40, 4.46, 5.30 (w.), 5.35 (w.), 6.26, 7.24, 7.32 (w.), 8.05, 8.55, 10.30, 10.41.

„Reka" Das Kaufhaus für Alle
Residenz Kaufhaus
G. m. b. H. & Co.

Aug. F. Zimmermann, Trompeterstr. 7
Gut sortiertes Lager in fertigen Kleidungsstücken
Stets Eingänge von Neuheiten und Modellen zu überraschend billigen Preisen

Gebr. Arnhold, Bankhaus

Wilh. Geißler, G. m. b. H. Triumph-Seifen

Bekleidung • Schuhe • Putz usw.

J. Gemeiner, Kesselsdorfer Strasse 16 Telephon 15695 — Handarbeiten, Wäsche, Strümpfe

F. W. Eberts Nchf., Inh.: E. Leistner
Marienstraße 20. Herren- u. Damenwäsche

Alfred Löser, Annenstraße 13 Herrenwäsche, Dauerwäsche, Krawatten

Reformhaus R. u. F., Schloßstraße Ecke Rosmaringasse Tel. 22 870

Stoffreste-Handlg. H. Löwenthal, Marienstr. 21, I. empfiehlt zu äußerst billigen Preisen: Kostüm-, Kleider-, Mantel-, Herrenstoffe, Seide, Samt u. Baumwollwaren

W. Klickermann Nachf., Herm. Kaiser
Altstoff-Großhandlung, Dresden-A., Vorwerkstraße 24

Sohlenleder-Ausschnitt Schuhmacher-Artikel : **Max Börner** Schäferstr. 2 Schillingstr. 2

Herm. Noack, Leipzig. Str. 52. Schuhwarenlager, Reparatur-Werkstätte. Ein- und Verkauf getragener Schuhe

Lederhandlung Emil Göbel
AM SEE 52, Ecke Kleine Plauensche Gasse
Filiale: Löbtau, Kesselsdorfer Straße 29
In Ledersohlen-Ausschnitt ◆ Schuhmacher-Artikel

Pelzwaren aller Art in solider Ausführung. Paul Heinze, Ringstraße 26 — Tel. 15 079

Fischers Hutfabrik, Ringstr. 17. Einzelverkauf, I. Stock
Damenhüte, Putzartikel sehr billig — Umpreßhüte schnellstens und preiswert

Lebens- und Genußmittel

Traugott Birkner, Schreibergasse 17
Butter, Eier, Käse, Delikatessen

P. Haschke, Reisewitzer Straße 20
Billigste Kolonialwaren — Delikatessen — Fischmarinaden

Georg Münch, Grunaer Straße 31
Butter-, Margarine- u. Fettwaren-Großhdlg.

Max Angermann, Annenstr. 19, Fernsprecher 22 167 — Fleischerei mit Motorbetrieb

Ernst Hacker, Fernspr. 19098, Kesselsdorfer Str., Ecke Reisewitzer Straße 14
Fabrikation feiner Fleisch- und Wurstwaren

Walter Thieme, Protzes Nachf. Dresden-Löbtau, Freiberger Str. 132 — Fernspr. 19 156 Feinbäckerei und Kondit. Spez.: Kinderzuckerzwieback, ff. Eier-Nudeln

Arthur Erler, Ostra-Allee 26 b, Fernspr. 12 623. — Bäckerei und Konditorei

Alfred Hüper, Ostra-Allee 12, Feinbäckerei und Konditorei

Tambour-Kaffee-Röstwerk
G. m. b. H., Dresden, Marienstraße 16

Herm. Baulich, Löbtau, Ecke Kesselsdorfer und Bünaustraße — Lebensmittel — Feinkost — Wurstwaren

H. & G. Bittdorf, Martin-Luther-Straße 20 Telephon 22 082
Kartoffelgrosso, Gurkeneinlegerei, Sauerkohlfabrik

Alexander Ebert, Eliasstr. 25 Tel. 29 923
Zigarren-, Zigaretten-Großhandlung

Zigarrenhaus Max Franke
Echt dänischer Kautabak Schäferstr. 49. Tel. 13 020

Max Berthold, Leipziger Straße 92
Tabake, Zigaretten u. Zigarren. Eigne Fabrikation

Bramscher Korn
und
Bramsch' Liköre
Stadtgeschäfte | Wilsdruffer Straße 40 | Friedrichstraße 52

Schinke's Wermutwein in Friedensqualität

Trinkt Sinalco! General-Vertreter: Herm. Kuntzsch — Fernruf 19099 —
Zietenstraße 19

A. Günther
Lebensmittel, Schäferstr. 65

Max Stange
Warthner Str. 25, Tel. 16594
ff. Fleisch- u. Wurstwaren

Albin Nötzold
Fleischerei m. Motorbetr.
Moritzbg. Str. 10, Tel. 15 872

J. Lehner
Fleischermeister, Ziegelstraße 35

Heinr. Thomschke
Inh.: Armin Berthold, Spirituosen u. Likörfabrik, gegr. 1858, Gr. Kirchg. 2 Tel. 28 902

Richard Däbritz
Feinbäckerei, Kesselsdorf. Straße 33

Allgemeines

Rud. Arzt, Dresden-Neustadt Lilien-Drogerie, Leipziger Straße 22. Tel. 18 281

Puppen u. Puppen-Klinik A. Schmidt, Annenstraße 10, I.

Edm. Hiekel
Dentist — Zahnpraxis
Prager Straße 9. Tel. 20 136

Gustav Emil Müller
Spedition, Dresden, Riesa a. d. E., Hamburg

Willy Schäller
Leipzig. Straße 68. Prima rotes Inlett, 6/4 und 8/4

Aeltest. Korbwaren-Lager am Platze
M. Wagenknecht, Leipz. Str. 56

Drogerie F. Vogt
Rietschelstraße 14. Fernsprecher 17 687 — Lager sämtl. Haushaltungsartik.

Krieger Gnädig
Motorräder, Fahrräder, Reparaturen, Ersatzteile
K. Appel, Schand. Str. 23

Johanna Obst, Leipziger Straße 73
Trauerkränze, Blumenspend.

Franz Steingrüber
Inh.: C. Lorenz, Führgesch.
Plotenhauerstr. 28, Tel. 30 923

Schokolade
Deutschmeister
Wirklich hervorragende Qualität
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

Max Lange
Kolonialwaren-Handlung
Marschallstraße 50

Fruchthaus Scheibner
Prager Str. 56, Nähe Hauptbhf.
Obst, alle Arten Südfrüchte
Konfitüren, Wein, Liköre, Spirituosen

Fr. Hofmann
Schülerstraße 47. Feinkost

Farbkästen Malutensilien!
Alfred Schäfer
nur Marienstr. 10.

Bruchkranke

verlangt Prospekt über das amerik. glänzend bewährte federlose
Bruchband „Cluthernia"
durch Vertreter
Bandagist **M. H. Wendschuch sen.**
Dresden-A., Marienstraße 22 b

Frau **Heusinger,** Am See 37
✚ Spülapparate
Spülkannen, Schläuche, Unterlagen, Leibbinden, Vorfallbinden, Ersatzteile

Gummi-Baeumcher & Co.
Nur Seestraße 10

Linus Hähnsch, Bandagist u. Orthopäd. Mech.
Postplatz, neben Palast-Hotel Weber. Künstliche Glieder, Orthopädische Apparate, Korsette, Bruchbänder, Leibbinden, Artikel zur Krankenpflege

OPTIKER Augengläser — Georg Jacobi
Rottmann Nachf. **Amalienstr. 14**

Moderne Augengläser Optiker **TAUBER Nchf.**
Schloßstr. 20 — Lieferant der Krankenkassen

Hirsch-Apotheke, Leipziger Straße 82, Ecke Oschatzer Straße — Dr. Wahlers Flechtensalbe und Tee — Fernspr. 22 245

Drogerie Engert Handlg. mediz.-techn. Drogen u. Chemikalien. Sächs. Staats-Lotterie-Einnahme. Fa. gegr. 1867. Moritzbg. Str. 69. Tel. 20 323

Farben-Senntag Die beste Bezugsquelle für alle Vorrichtungsarbeiten
Dresden-A., Rietschelstr. 5

Franz Schaals Tinten sind die besten
Spez.: Ultramarintinte, beste Buch-, Bureau-, Kanzlei- u. Schreibtinte, in Flasch. u. ausgew. **Drogerie Franz Schaal,** Annenstr. — 21. —

Hans Martin
Kohlen :: Koks :: Brikette
en gros en détail
Berliner Straße 22. Fernspr. 13 071, 13 061

Essigfabrik G. Mütze Nachf.
Löbtauer Straße 33 — Fernsprecher 16 257

Herm. Liebscher, G. m. b. H.
Kohlen — Koks — Brikette — Torf — Holz
Sachsen-Allee 6 Fernspr. 33 778, 34 518

Hermann Zschau, Trompeterstraße 9 —
Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- und Küchengeräte

Herm. Mielsch, a. d. Kreuzkirche 8 gegr. 1860, Tel. 16 221
Kurz- und Eisenwaren — Artikel für Tapezierer, Innendekorationen — Möbeltischler u. Kranzbinderei

C. A. Koch Fernsprecher 21 561
Kurz- u. Eisenwarenhandlung Bauartikel, Haus- u. Küchengeräte, Werkzeuge usw. usw.
Dresden-A., Schäferstr. 9

Erhardt & Hüppe Nachf.
Kohlen — Brikette — Koks — Holz — Berliner Straße 25 — Telephon 13 573

Gustav Barta, Spezialhaus für Fahrräder und Nähmasch. Sämtl. Bestandteile
Reparaturwerkstätte: Leipziger Straße 97

Carl Adlers Buchhandlg. (A. Huhle), Dresden-Altst., Marienstr. 15 — Tel. 22 860
Weihnachtsbücher in reichster Auswahl

H. Schmidt & Co., Leipziger Str. 29
Beleuchtungs-, Hohl- und Preßglas

H. Heerklotz Inh.: **H. Brücher,** König-Johann-Straße 12 —
Kamm-, Bürsten- u. Seilerw., Spez.: Reiztasch.

Paul Lindner, Leipziger Str. 32
Wasserdichte Planen, Seilerei & Bürstenwaren

Reserviert

Haar-Haus-Hagedorn, Annenstraße 12 Zöpfe, Haarschmuck, Toilettenartikel

FREITAL

Central-Kaufhaus Plauenscher Grund —
Haus- u. Kochengeräte, Spielwaren, Geschenkartikel.

Carl Paul, Inhaber: Walter Baer Potschappel — Rathaus
Manufaktur, Modewaren, Konfektion, Kurz- und Wollwaren :: Stets das Neueste :: Billigste Preise

Hans Hnulik, — Potschappel — Dresdner Straße 2
Herren-Konfektion :: Herren-Mode-Artikel

Heinrich Dittrich, Potschappel am Markt
Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- und Küchengeräte

Adler-Drogerie, M. Friedrich Potschappel, Dresdner Str. 35
Drogen, Farben, Verbandstoffe, Seifen, Sämereien

Paul Herrmann, Potschappel
Manufakturwaren, Damen- und Kinder-Konfektion

B. Walther, Potschappel Tharandter Str. 26
Konfektion, Schuhwaren, Sportartikel — Große Auswahl — Billigste Preise

Herm. Kirsten Nachf., H. Warncke Potschappel
Herren- und Damenmode-Artikel, Pelzwaren

Otto Hecktheuer, Potschappel, Bahnhofstraße. Hüte, Mützen, Filzschuhwaren

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220105/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG